



SVV Sicherheitsmonitor 2021

Sicherheit, Stabilität und Perspektiven
der Gesellschaft in der Schweiz

ASA | SVV

SOTGMO



IMPRESSUM

SVV Sicherheitsmonitor 2021, 09/2021

Auftraggeber_in: Schweizerischer Versicherungsverband SVV

Auftragnehmer_in: Sotomo, Dolderstrasse 24, 8032 Zürich.

Autor_innen: Gordon Bühler, Julie Craviolini, Michael Hermann

Fachliche Begleitung: Tibor Szvircsev Tresch, Thomas Ferst, Militärakademie an der ETH Zürich

1	Sicherheitsmonitor 2021	5
1.1	In Kürze	5

2	Sicherheit und Freiheit	9
2.1	Spannungsfeld	9
2.2	In der Pandemie rückt Freiheit vor Sicherheit	12
2.3	Was Sicherheit und Freiheit bedeuten	15

3	Risiken	20
3.1	Umgang und Erfahrungen mit Risiken	20
3.2	Absicherung gegen Risiken	24
3.3	Unterschiedliche Zuständigkeiten	27
3.4	Gesellschaftliche Risiken als grösste Gefahr	28
3.5	Persönliche Risikoerwartung	32

4	Sicherheit im Alltag	37
4.1	Was im Leben Sicherheit gibt	37
4.2	Sicherheitsbedürfnis – befriedigt oder unbefriedigt?	41

5	Vorsorge: Erwartungen und Verhalten	45
5.1	Zeitpunkt der Pensionierung	46
5.2	Einschätzungen zur eigenen Altersrente	50

6	Herausforderung Altersvorsorge	52
6.1	Entwicklung des Rentenniveaus	52
6.2	Kapital- und Umlageverfahren im Vergleich	58
6.3	Reformansätze in der obligatorischen Altersvorsorge	62

7	Methodik	70
----------	-----------------	-----------

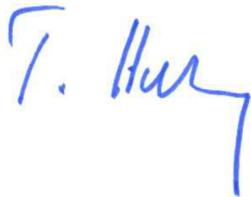
EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser

Freiheit oder Sicherheit? Was ist uns lieber? Im Wissen, dass es weder eine 100-prozentige Sicherheit noch eine absolute Freiheit gibt, gilt es diese beiden Werte untereinander für uns persönlich und für unsere Gesellschaft ständig gegeneinander abzuwägen und bestmöglich auszuloten. Auch wir Privatversicherer arbeiten in diesem Spannungsfeld. Wir versichern unsere Kundinnen und Kunden gegen Risiken. Risiken, die sie allein nicht tragen können und die ihre (Handlungs-)Freiheit einschränken. Was sich als Wechselspiel über die Zeit immer wieder einpendelt, kann in der Krise aus der Balance geraten. Die unerwartete Pandemie hat dies gezeigt. Plötzlich wurde Sicherheit grossgeschrieben; grösser als sonst. Zugunsten der Sicherheit von uns allen; zulasten der persönlichen Freiheit eines jeden Menschen. Es erstaunt deshalb nicht, dass sich diese «Schieflage» in unserer neuesten Umfrage für den Sicherheitsmonitor niederschlägt. Der Wunsch, verlorene Freiheit zurückzugewinnen, ist manifest. Dennoch bleibt die Sicherheit für die Bevölkerung insgesamt ein zentraler Wert. Dies gilt insbesondere für einen Pfeiler unserer sozialen Absicherung, die Altersvorsorge. Hier sind die Befragten wenig bereit, risikoreiche Entscheide zu treffen. Ja, es lässt sich geradezu ein Sicherheitsdefizit in der Bevölkerung beobachten. Die jährliche Befragung zeigt zudem, wie sich die Einschätzung zur Zukunft der Renten entwickelt. Seit dem ersten Sicherheitsmonitor 2019 hat der Anteil jener, die garantierte Renten schwinden sehen, leicht, aber stetig zugenommen. Mittlerweile rechnen vier von fünf der Befragten damit, dass das aktuelle Rentenniveau über kurz oder lang nicht gehalten werden kann.

Wir tun also gut daran, die dringliche Reform der Altersvorsorge nicht nur voranzutreiben, sondern sie auch ins Ziel zu bringen. Wir brauchen nicht nur in der Klimafrage nachhaltige Lösungen, sondern auch bei der finanziellen Sicherung einer ständig älter werdenden Gesellschaft. Für eine lebenswerte Zukunft müssen beide Herausforderungen Hand in Hand angepackt werden.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'T. Helbling', with a stylized, cursive script.

Thomas Helbling

Direktor Schweizerischer Versicherungsverband SVV

Sicherheits- monitor 2021

Seit über einem Jahr durchdringt die Covid-19-Pandemie beinahe sämtliche Lebensbereiche. Von einer Zäsur und neuen Realitäten ist die Rede. Die vierte Ausgabe des Sicherheitsmonitors des Schweizerischen Versicherungsverbandes SVV steht deshalb im Zeichen der Pandemie und der Frage, wie sich die Krise auf das Sicherheitsbedürfnis und die Risikowahrnehmung der Bevölkerung ausgewirkt hat. Im Rahmen des diesjährigen Sicherheitsmonitors wurden im Mai 2021 1609 Personen befragt. Die Resultate sind repräsentativ für die volljährige Wohnbevölkerung der deutsch- und französischsprachigen Schweiz.

1.1. IN KÜRZE

In der Pandemie rückt Freiheit vor Sicherheit

Freiheit und Sicherheit – zwei grundlegende Werte der Gesellschaft – bedingen einander, ebenso wie sie sich begrenzen. Zum Schutz der öffentlichen Gesundheit wurde seit mehr als einem Jahr die persönliche Freiheit in einem in offenen Gesellschaften noch kaum erdenklichen Ausmass eingeschränkt. Als Folge

dieser Abwägung werden Sicherheit und Freiheit zunehmend als unvereinbare Gegensätze betrachtet, bei der die Befriedigung des einen Bedürfnisses unweigerlich zulasten des andern geht. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen: Über die vergangenen Monate wurden die Grenzen von Sicherheit und Freiheit neu definiert. Heute, nach vielen Monaten mit Pandemieregime, würde ein grösserer Bevölkerungsanteil die Freiheit der Sicherheit vorziehen als umgekehrt (+4 Prozentpunkte, Abb. 1) – im Jahr zuvor war das Verhältnis noch ausgeglichen. Dennoch lässt sich nicht von einer allgemeinen Werteverstärkung sprechen: Die beobachtbare Einstellungsveränderung lässt sich hauptsächlich auf eine Werteverstärkung bei Personen mit rechtsbürgerlicher Ausrichtung zurückführen. Noch im Vorjahr überwog bei den Befragten eine Priorisierung der Sicherheit (59 %, Abb. 3). Heute dominiert das Freiheitsprimat (55 %).

Risikoaversion im Generationenvergleich – je jünger, je augenfälliger

Risiken eingehen, bedeutet immer auch Sicherheit aufgeben. Risikobereitschaft wird in der heutigen Gesellschaft aber vor allem mit Unvernunft in Verbindung gebracht; die positive Seite der Güterabwägung zwischen Wagnis und Sicherheit wird ausgeblendet. Wir entwickeln uns immer mehr zu einer Null-Risiko-Gesellschaft, die sämtliche Risiken kontrollieren und beseitigen will. Zwar sieht sich gut zwei Drittel der Befragten zumindest nicht weniger risikobereit als frühere Generationen (Abb. 10). Es ist allerdings hauptsächlich die Generation der Babyboomer, die sich in der Tendenz risikobereiter einschätzt als noch ihre Eltern (Abb. 11). Junge Erwachsene konstatieren dagegen in ihrer Generation eine offenkundige Risikoaversion.

Wer wagt, gewinnt?

Wer im Leben etwas erreichen will, muss sich auf gewisse Risiken einlassen. Im Allgemeinen scheut sich die Bevölkerung allerdings vor riskanten Entscheidungen. Einzig beim Stellenwechsel ging eine Mehrheit der Befragten schon Risiken ein (Abb. 12). In anderen Bereichen, gerade bei der Altersvorsorge oder der Firmengründung, sind wir jedoch kaum bereit, riskante Entscheidungen zu treffen. Dies obwohl Befragte, die schon

eine gewisse Risikobereitschaft zeigten, in der Regel positive Erfahrungen machten – sei es beim Immobilienkauf, bei der Firmengründung oder bei privaten Bindungen. Einzig riskante Entscheide bei Geldanlagen waren ebenso häufig mit positiven wie mit negativen Erfahrungen verbunden.

Risikowahrnehmung – Brennpunkt gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die Covid-19-Pandemie hat in den Augen der Bevölkerung das Risiko gesellschaftlicher Konflikte erhöht. Die hitzigen Diskussionen über Einschränkungen, Impfpflicht und die ungleiche Betroffenheit der verschiedenen Wirtschaftsbranchen scheinen die Befürchtungen genährt zu haben, dass der gesellschaftliche und soziale Zusammenhalt in der Schweiz zunehmend brüchig wird (Abb. 16). Die grösste Gefahr sieht die Bevölkerung demnach aktuell in der zunehmenden Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft (56 Prozentpunkte) und in einer grösser werdenden Kluft zwischen Arm und Reich (47 Prozentpunkte).

Schreckgespenst Arbeitsplatzverlust

Bei der letztjährigen Befragung zeigte sich in der Bevölkerung eine gewisse Anspannung, in naher Zukunft die Stelle zu verlieren. Aktuell ist diese Befürchtung wieder weniger verbreitet. Dies hängt vermutlich damit zusammen, dass der krisenbedingte grosse Anstieg der Arbeitslosigkeit ausgeblieben ist.¹ Dennoch lässt sich nach wie vor nicht von einer allgemeinen Entspannung sprechen: Das Bedürfnis nach einem gesicherten Arbeitsplatz ist immer noch weniger gedeckt als vor Beginn der Pandemie (Abb. 23). Zugleich hat die Erwerbstätigkeit für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung einen höheren Stellenwert als noch in den Vorjahren (Abb. 21).

Finanzierung künftiger Altersrenten – noch mehr Schieflage wegen der Covid-19-Pandemie

Seit der erstmaligen Erhebung im Jahr 2019 lässt sich in der Bevölkerung eine zunehmend pessimistische Einschätzung der Rentenentwicklung beobachten (Abb. 31). Aktuell gehen

¹2020 lag die Arbeitslosenquote bei 3,1 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Arbeitslosigkeit damit um 0,8 Prozentpunkte. Staatssekretariat für Wirtschaft

79 Prozent davon aus, dass die künftigen Renten im Allgemeinen tiefer ausfallen werden, als sie es heute sind. Die Angst vor ungenügenden Renten wurde durch die Covid-19-Pandemie noch akzentuiert. In den Augen einer Mehrheit der Bevölkerung wirkt sie sich zusätzlich negativ auf die in Schieflage geratene Finanzierung der obligatorischen Altersvorsorge aus (Abb. 35).

Sicherheit und Freiheit

Sicherheit und Freiheit sind zentrale Werte unserer Gesellschaft. Es sind Werte, die sich auf vielfältige Weise bedingen und ergänzen. So ist Freiheit ohne ein Mindestmass an Lebenssicherheit nicht möglich – und Sicherheit verkommt zum Gefängnis, wenn sie nicht von Freiheit begleitet wird. Gleichzeitig stehen Sicherheit und Freiheit oft in einem Spannungsverhältnis. Die Ausweitung des einen geschieht in der Praxis oftmals durch eine Begrenzung des anderen. So werden Freiheiten mit dem Ziel eingeschränkt, die Sicherheit zu erhöhen – oder man verzichtet auf Sicherheiten, um die eigene Freiheit voll auszuschöpfen. Das Thema «Sicherheit», das im Zentrum dieser Studienreihe steht, lässt sich nicht losgelöst vom Thema «Freiheit» analysieren. Gerade die Covid-19-Pandemie hat dies deutlich gemacht. Die diesjährige Ausgabe des Sicherheitsmonitors legt den Fokus bewusst auf diese Dualität der beiden Begriffe.

2.1. SPANNUNGSFELD

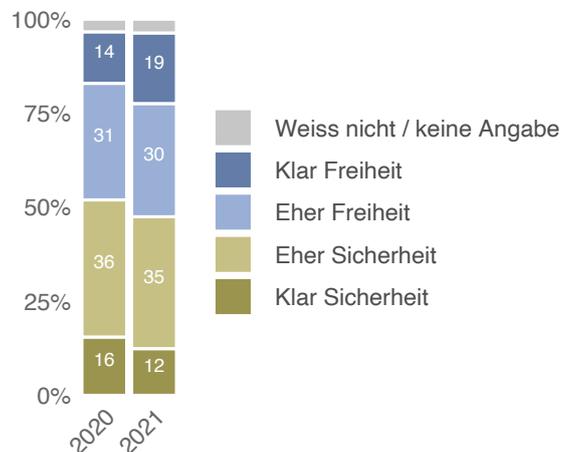
Im Rahmen der Pandemiebekämpfung – und damit zur Sicherung der Gesundheit der Bevölkerung – wurden deren Freiheiten auf eine Weise eingeschränkt, wie es zuvor für freiheitlich-demokratische Gesellschaften undenkbar gewesen war. Umgekehrt wurden staatliche Sicherheitsnetze für von der Pandemie

betroffene Wirtschaftsbranchen ungefragter akzeptiert als auch schon. In der Krise wurde das Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit viel akuter, da sich Sicherheits- und Freiheitsbedürfnisse öfter als sonst in direktem Widerspruch befanden.

Wie bewertet die Bevölkerung vor diesem Hintergrund das Zusammenspiel von Sicherheit und Freiheit? Was gewichtet sie im Zweifelsfall höher? Die diesjährige Befragung zeigt: Die Bevölkerung ist aktuell in dieser Frage gleichmässig zweigeteilt. Die eine Hälfte zieht, wenn sie sich entscheiden muss, Freiheit der Sicherheit vor und bei der anderen Hälfte ist es umgekehrt. Dieses Unentschieden im Tauziehen zwischen den beiden gesellschaftlichen Grundwerten zeigt die Bedeutung des damit verbundenen Spannungsfeldes. Wie Abbildung 1 illustriert, ist die Gruppe mit dem Freiheitsprimat im Jahresvergleich grösser (+4 Prozentpunkte), diejenige, die Sicherheit gegenüber Freiheit priorisiert, kleiner geworden (-4 Prozentpunkte).

Freiheit versus Sicherheit (Abb. 1)

«Wenn Sie sich entscheiden müssten: Was ist Ihnen wichtiger, Ihre persönliche Sicherheit oder persönliche Freiheit?», Angaben in Prozent

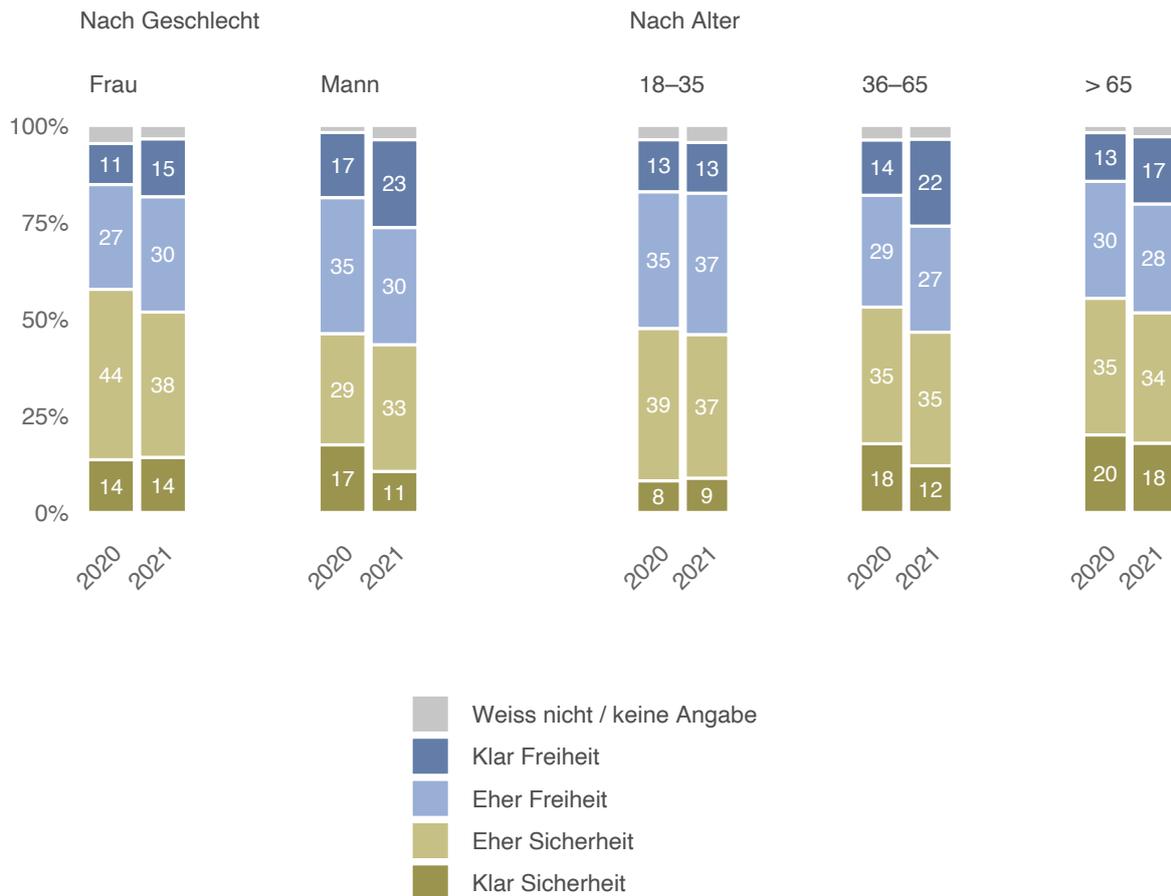


Insgesamt priorisieren Frauen Sicherheit gegenüber Freiheit etwas häufiger als Männer (Abb. 2). Bei beiden Geschlechtern hat es jedoch im Jahresvergleich eine Verschiebung Richtung Freiheit gegeben. Differenzierter sind die Veränderungen in den Altersgruppen: Noch vor einem Jahr war der Anteil jener, die Freiheit höher gewichteten als Sicherheit, bei den jungen Erwachsenen am grössten. Die Pandemie hat nun jedoch primär bei den

36- bis 65-Jährigen zu einem Meinungsumschwung beigetragen. Der Anteil, der Freiheit vorzieht, hat bei den mittleren Altersgruppen im Jahresvergleich um 6 Prozentpunkte zugenommen, derweil er bei den Jüngeren konstant geblieben ist.

Freiheit und Sicherheit – nach Alter und Geschlecht (Abb. 2)

«Wenn Sie sich entscheiden müssten: Was ist Ihnen wichtiger, Ihre persönliche Sicherheit oder persönliche Freiheit?», Angaben in Prozent



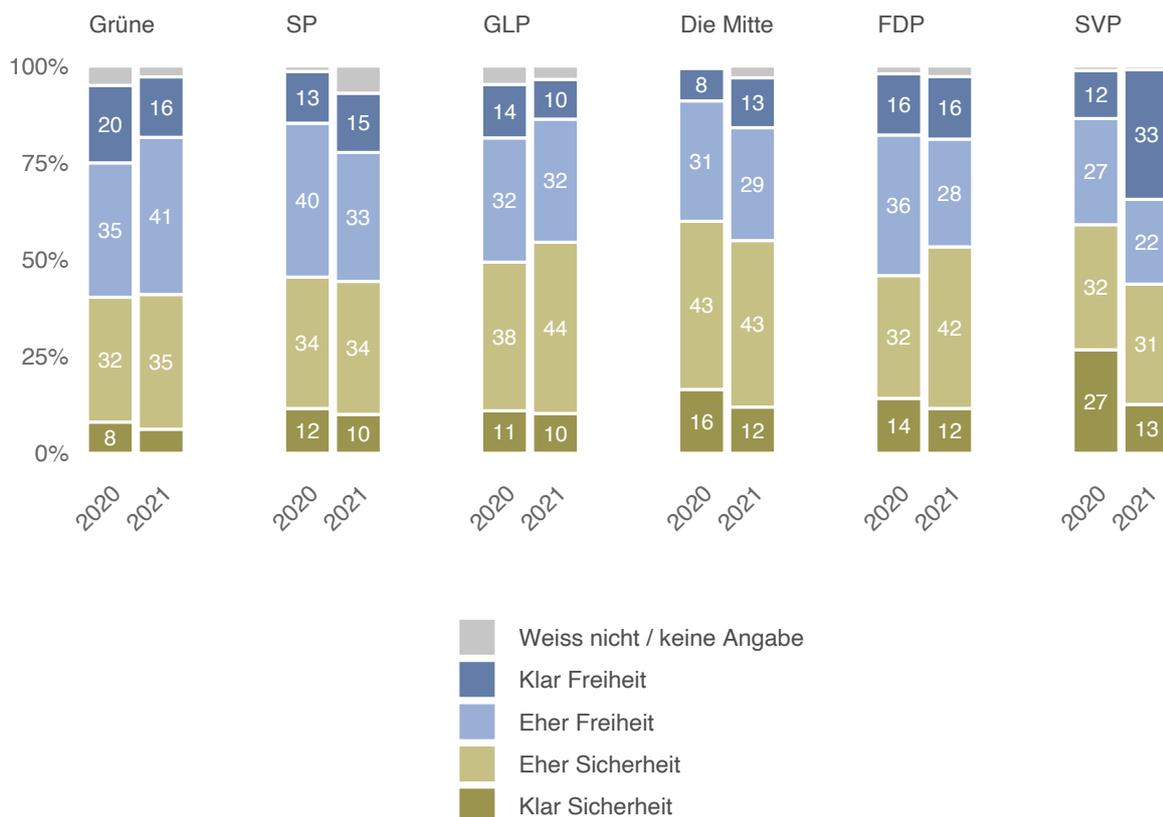
Dies macht deutlich, dass die anhaltenden Freiheitsbeschränkungen insbesondere bei den mittleren Altersgruppen zu einer Neubewertung des Verhältnisses von Sicherheit und Freiheit beigetragen hat. Die jungen Erwachsenen, die von der Pandemie in beruflichen und privaten Übergangsphasen getroffen wurden, zeigen dagegen keine zusätzliche Verschiebung der Balance Richtung Freiheit.

2.2. IN DER PANDEMIE RÜCKT FREIHEIT VOR SICHERHEIT

Die Hintergründe für den Einstellungswandel zwischen 2020 und 2021 werden greifbar, wenn die Veränderungen nach politischer Orientierung analysiert werden. So war noch im Juni 2020 die Priorisierung von Sicherheit gegenüber Freiheit bei Personen mit rechtsbürgerlicher Ausprägung besonders ausgeprägt. Innerhalb eines Jahres ist die Präferenz für Sicherheit jedoch von 59 Prozent auf 44 Prozent gefallen (Abb. 3).

Freiheit und Sicherheit – nach Parteinähe (Abb. 3)

«Wenn Sie sich entscheiden müssten: Was ist Ihnen wichtiger, Ihre persönliche Sicherheit oder persönliche Freiheit?», Angaben in Prozent



Demgegenüber hat vor allem der Anteil jener, die klar die Freiheit priorisieren, stark zugenommen – nämlich von 12 auf 33 Prozent.

Noch vor kurzer Zeit gehörte zu einer konservativen Grundhaltung eine besondere Präferenz für Sicherheit. So ist die Stärkung der inneren und äusseren Sicherheit in einer gefahrenvollen Welt ein klassisch konservatives Anliegen. Offenbar haben die anhaltenden Massnahmen zur Eindämmung von Covid-19 nun den Wert der Freiheit für Personen aus dem konservativen Spektrum steigen lassen. Ebenfalls ein Trend zu mehr Freiheit zeigt sich bei der Anhängerschaft der Mitte (dem Fusionsprodukt von CVP und BDP). Diese Partei steht in der Mitte des politischen Spektrums, sie positioniert sich jedoch als eher konservative Mitte.

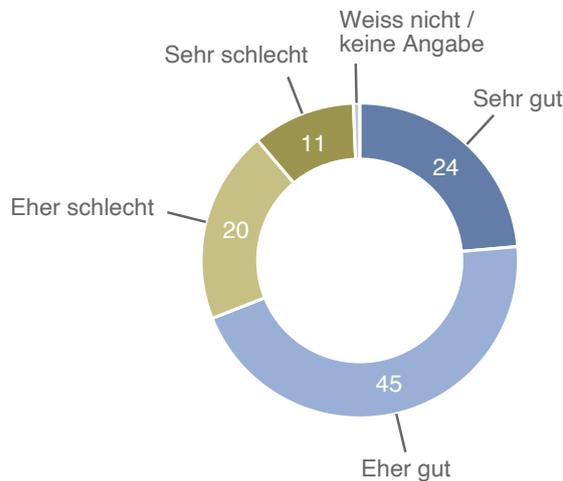
Zugenommen hat demgegenüber die Wertschätzung von Sicherheit im Vergleich zu Freiheit bei den Anhängerschaften von FDP und GLP – den beiden Parteien des liberalen Spektrums. Während Freiheit im vergangenen Jahr eine konservativere Färbung erhalten hat, ist Sicherheit für liberal Denkende offenbar wichtiger geworden. Die Pandemiesituation hat im liberalen Spektrum die Bedeutung von staatlichen Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie und zur wirtschaftlichen Absicherung steigen lassen. Kaum verändert hat sich die Einschätzung von Sicherheit und Freiheit auf der linken Seite des Spektrums. Personen, die der SP oder den Grünen nahestehen, favorisierten 2020 und 2021 gleichermassen die Freiheit. Dies alles zeigt, dass sich mit Covid-19 die Bewertung von Sicherheit und Freiheit verschoben hat. Vor dem Hintergrund dieser Krise gewichten konservative Kräfte Freiheit höher als zuvor, während liberal Denkende die Sicherheit aktuell stärker gewichten als in der Vergangenheit.

Dass die neue konservative Freiheitsorientierung tatsächlich mit der Covid-19-Situation zu tun hat, zeigt die direkte Frage nach der persönlichen Freiheit während der Pandemie. Insgesamt sehen mehr als zwei Drittel der Befragten ihre Freiheit, trotz wiederholter Lockdownphasen, zumindest in der Tendenz garantiert (Abb. 4). Wie die Aufschlüsselung in Abbildung 5 zeigt, unterscheidet sich die Einschätzung der Personen, die der SVP nahestehen, jedoch grundlegend von allen anderen. 57 Prozent von ihnen sind der Ansicht, dass ihre persönliche

Freiheit seit Beginn der Pandemie nur unzureichend garantiert ist. Bei allen anderen sind es höchstens ein Fünftel.

Freiheit in der Pandemiezeit (Abb. 4)

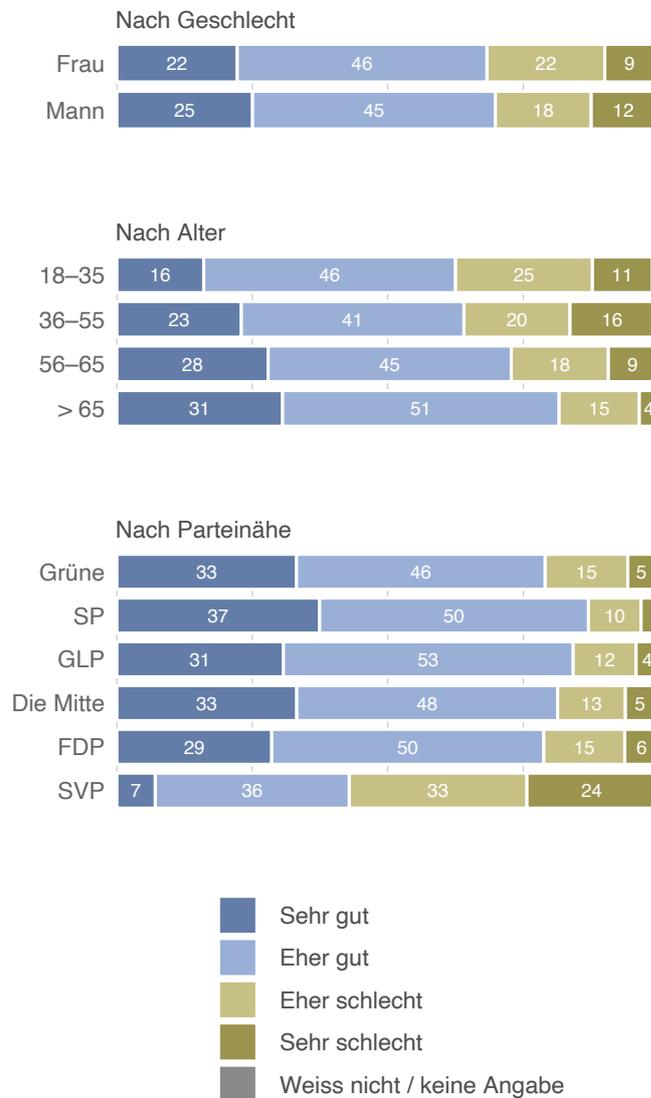
«Wie gut sehen Sie Ihre persönliche Freiheit in der Schweiz seit Beginn der Covid-19-Pandemie im Frühjahr 2020 garantiert?», Angaben in Prozent



Wie zu erwarten, unterscheiden sich die Einschätzungen nach Alter. Besonders junge Erwachsene sahen ihre persönliche Freiheit seit Pandemiebeginn nicht immer garantiert. Aufgrund ihrer Lebenssituation waren sie von den Einschränkungen besonders betroffen. Zudem führte die tiefere Wahrscheinlichkeit einer schweren gesundheitlichen Beeinträchtigung durch das Virus dazu, dass die Einschränkungen mit weniger Eigeninteresse verbunden waren als bei den älteren Personen. Interessant ist, dass sich trotz dieser kritischen Einschätzung das Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit bei den jungen Erwachsenen nicht zugunsten der Freiheit verschoben hat. Wie in Abbildung 2) gezeigt, ist eine entsprechende Verschiebung eher bei den über 35-jährigen Erwachsenen sichtbar.

Freiheit in Pandemiezeit – nach soziodemografischen Merkmalen (Abb. 5)

«Wie gut sehen Sie Ihre persönliche Freiheit in der Schweiz seit Beginn der Covid-19-Pandemie im Frühjahr 2020 garantiert?», Angaben in Prozent



2.3. WAS SICHERHEIT UND FREIHEIT BEDEUTEN

Sicherheit und Freiheit gehören zu den grundlegenden menschlichen Bedürfnissen und sie bilden, wie im vorangegangenen Abschnitt gezeigt, zugleich ein Spannungsfeld. Die Begriffe sind Gefässe, die mit unterschiedlichen Inhalten gefüllt werden können. Welche Inhalte dies beim Begriff der Sicherheit sind, zeigt Abbildung 6. Von den meisten Befragten werden die gleichen zwei Ausprägungen von Sicherheit ins Zentrum gestellt. Sicher-

heit wird zum einen mit körperlicher Unversehrtheit («Schutz vor Gewalt»), zum anderen mit finanzieller Absicherung («genügend finanzielle Mittel haben») in Verbindung gebracht. Die erste Dimension steht für die Ziele der inneren und äusseren Sicherheit, die durch Polizei und Armee gesichert werden. Die zweite Ausprägung steht für Sicherheit in ökonomischer Hinsicht, die durch eigene Wirtschaftsleistung oder den Sozialstaat erbracht wird. Sowohl die polizeiliche als auch die soziale Sicherheit erachten über zwei Drittel der Befragten als zentral. Ebenfalls häufig genannt wird der Schutz vor Willkür. Dieser Grundsatz steht für das Konzept des Rechtsstaats. Hier geht es um einen weiteren klassischen Aspekt von Sicherheit. Interessant ist, dass der Faktor Gesundheit ebenfalls von jeder dritten befragten Person mit Sicherheit verbunden wird. Es ist dies eine Dimension, die in der Sicherheitsdebatte traditionell keine zentrale Rolle spielt. Gerade im Kontext der aktuellen Pandemie ist jedoch die Bedeutung der Gesundheit als Sicherheitsthema sehr akut geworden.

Begriffsdeutung von Sicherheit (Abb. 6)

«Was bedeutet Sicherheit für Sie persönlich?», Mehrfachantworten, Angaben in Prozent

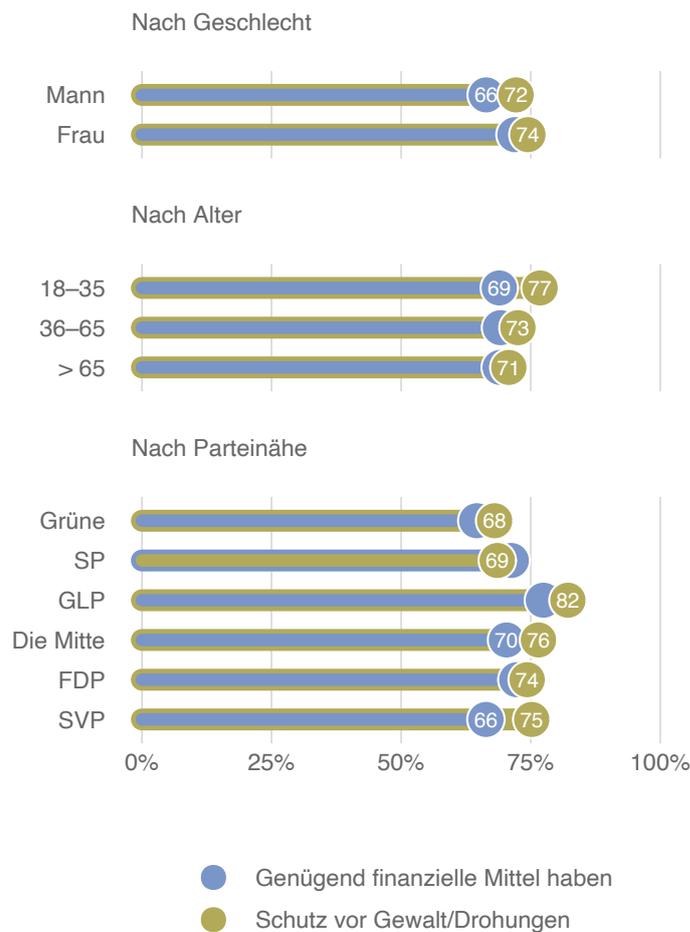
Schutz vor Gewalt (73%)
 Genügend finanzielle Mittel haben (69%)
 Keine Willkür (63%)
 Keine Angst haben (61%)
 Gesundheit (60%)
 Respektiert werden (49%)
 Geborgenheit (48%)
 Wohlfühl (42%)
 Unbeschwert sein (39%)
 Dinge wagen können (28%)
 Schutz vor Fremdem (23%)

Bei den beiden meistgenannten Ausprägungen von Sicherheit – körperliche Unversehrtheit und finanzielle Absicherung – han-

delt es sich um sehr unterschiedliche Aspekte des Sicherheitsbegriffs. Entsprechend könnte man erwarten, dass die relative Häufigkeit ihrer Nennung innerhalb der Gesellschaft stark variiert. Abbildung 7 zeigt nun allerdings, dass beide Aspekte unabhängig von Geschlecht, Alter und politischer Orientierung jeweils von mindestens zwei Dritteln genannt werden.

Begriffsdeutung von Sicherheit (Abb. 7)

«Was bedeutet Sicherheit für Sie persönlich?», Mehrfachantworten, Angaben in Prozent



Bei den kleineren Unterschieden, die dennoch bestehen, sind es vor allem zwei, die etwas stärker ausgeprägt sind: Junge Erwachsene nennen den Schutz vor körperlicher Gewalt im Vergleich zur finanziellen Absicherung besonders oft. Einen ähnlichen Unterschied zeigt sich zudem bei den Befragten, die der SVP nahe sind. Einzig die SP-nahen befragten Personen nennen etwas häufiger den finanziellen Aspekt von Sicherheit als die körperliche

Unversehrtheit. Auch wenn darin eine leicht unterschiedliche Gewichtung zwischen links und rechts in der Parteienlandschaft zum Ausdruck kommt, bleibt das Entscheidende, dass die meisten – unabhängig von ihrer politischen Haltung – beide Aspekte als wichtig erachten. Sicherheit wird also von den meisten in einem umfassenden Sinn verstanden.

Während Sicherheit für die meisten Befragten durch die drei Komponenten physische und finanzielle Sicherheit sowie Rechtsstaatlichkeit bestimmt ist, sind die Konturen von Freiheit etwas weniger klar umrissen. Sehr klar ist jedoch, was fast alle Befragten zum Kern ihrer persönlichen Freiheit zählen: Es sind die Meinungs- und die Bewegungsfreiheit, die von fast neun von zehn Befragten genannt werden (Abb. 9). Ein wichtiger Teil von Freiheit besteht für eine grosse Mehrheit der Befragten auch im demokratischen Mitbestimmungsrecht (76 %).

Begriffsdeutung von Freiheit (Abb. 8)

«Was bedeutet Freiheit für Sie persönlich?», Mehrfachantworten, Angaben in Prozent

Sich frei äussern können (86%)
 Sich frei bewegen können (85%)
 Selbstbestimmtes Handeln (79%)
 Demokratie & Mitbestimmung (76%)
 Eigenverantwortung (65%)
 Genügend finanzielle Mittel haben (55%)
 Natur (49%)
 Keine körperlichen Einschränkungen (48%)
 Dinge wagen (30%)
 Nicht arbeiten müssen (9%)

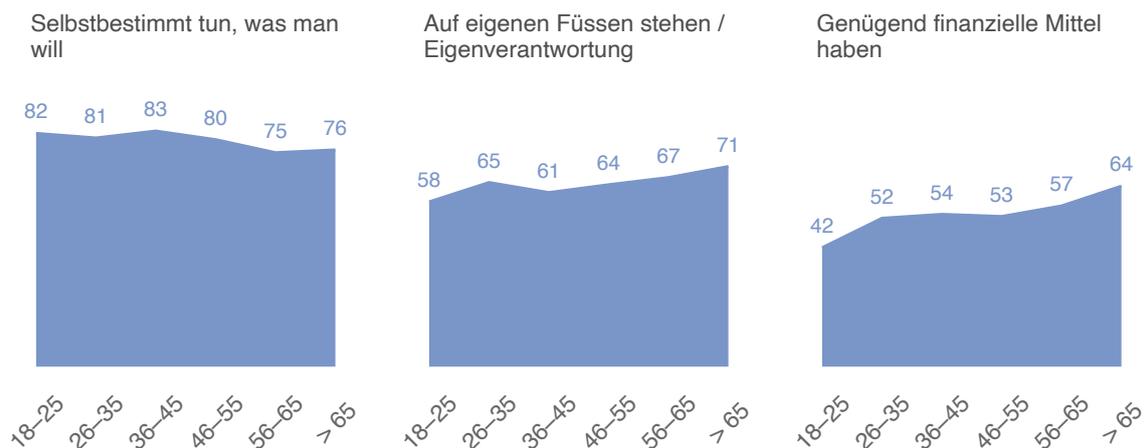
Oft genannt wird der Aspekt des selbstbestimmten Handelns (79 %). Auffällig ist, dass das eigenverantwortliche Handeln mit 65 Prozent deutlich weniger häufig genannt wird als das selbstbestimmte Tun. Freiheit wird somit eher als Freiheit von Zwängen (negative Freiheit) denn als Freiheit zu Gestalten (positive Freiheit) verstanden. Noch viel weniger wird Freiheit

damit verbunden, etwas wagen zu können (30 %). Dies zeigt, dass das Freiheitsverständnis in der schweizerischen Gesellschaft nur bei einer Minderheit darin besteht, gezielte Risiken eingehen zu können, um etwas Besonderes zu erreichen.

Wie schon beim Sicherheitsbegriff sind die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen gering. Zumindest in drei Bereichen zeigt sich jedoch ein Unterschied nach dem Alter der Befragten. Während die Bedeutung von Selbstbestimmung mit steigendem Alter leicht abnimmt, gewinnt die Eigenverantwortung im Alter an Bedeutung. Noch stärker nimmt die Bedeutung der materiellen Freiheit zu: Genügend finanzielle Mittel zu haben, wird von älteren Personen deutlich häufiger als ein Merkmal von Freiheit verstanden als von jüngeren Menschen.

Begriffsdeutung von Freiheit – nach Alter (Abb. 9)

«Was bedeutet Freiheit für Sie persönlich?», Mehrfachantworten, Angaben in Prozent



Risiken

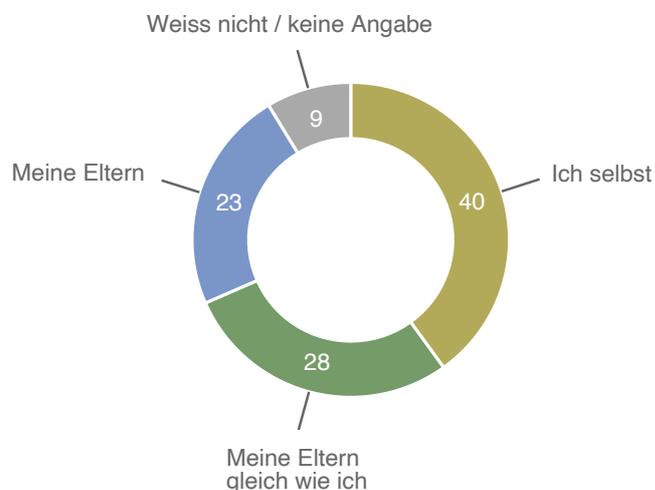
Sicherheit zählt zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Sich Risiken auszusetzen, bedingt die Abgabe eines Teils dieser Sicherheit. Die Neigung zu Sicherheit und die Bereitschaft, Risiken einzugehen, müssen auf Ebene des einzelnen Individuums wie der Gesellschaft als Gesamtes fortwährend ausbalanciert werden. Denn um im Leben weiterzukommen, müssen Menschen bereit sein, bestimmte Risiken einzugehen. Ohne ein Mass an Risikobereitschaft stagnieren Gesellschaft und Wirtschaft. Innovation und Fortschritt bleiben aus. Landläufig wird Risikobereitschaft in der heutigen Gesellschaft allerdings als die Neigung verstanden, sich übermässigen Gefahren auszusetzen.

3.1. UMGANG UND ERFAHRUNGEN MIT RISIKEN

Leben wir in einer zunehmend risikoaversen Gesellschaft? Um diese Frage zu beantworten, wurden die Umfrageteilnehmenden gebeten, ihre Risikobereitschaft im Vergleich zu derjenigen ihrer Eltern, als diese im selben Alter waren, einzuschätzen. Wie Abbildung 10 illustriert, findet die These einer zunehmend risikoscheuen Gesellschaft bei den befragten Personen keine Mehrheit: Die Einschätzung, dass die vorangegangenen Generationen im selben Alter risikofreudiger waren, teilt nur knapp ein Viertel. Eine deutliche Mehrheit ist dagegen der Ansicht, dass sie gleich risikofreudig (28 %) oder gar risikofreudiger (40 %) sind, als es ihre Eltern dazumal waren.

Risikoverhalten der Generationen (Abb. 10)

«Über alles gesehen, wen erachten Sie als risikofreudiger: Sich selbst oder Ihre Eltern, als diese in Ihrem Alter waren?», Angaben in Prozent

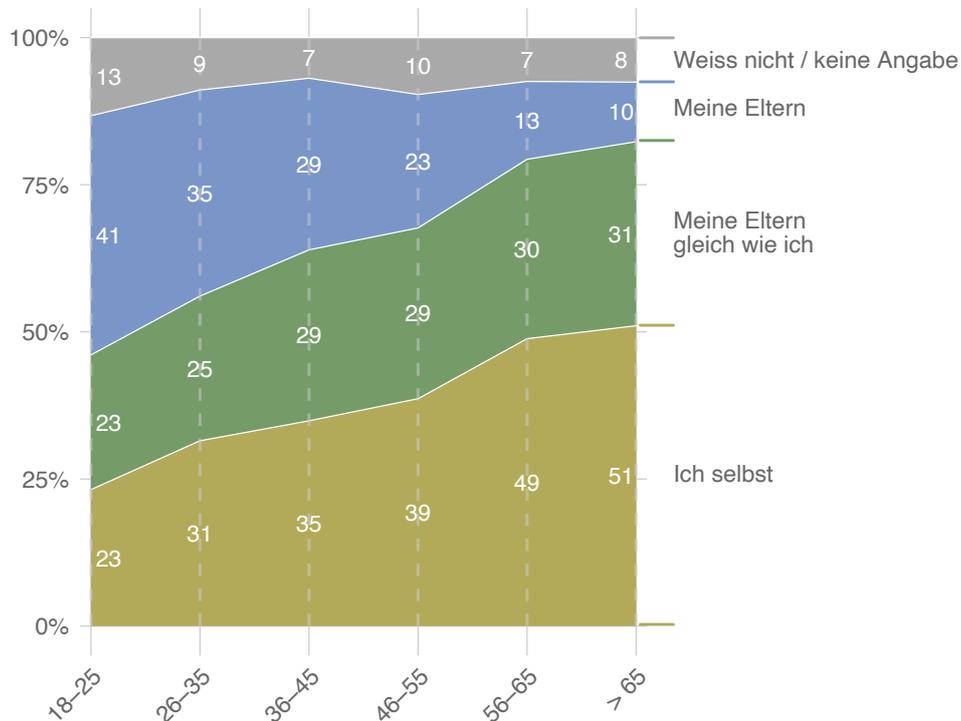


Diese Einschätzung, zumindest genauso risikobereit zu sein wie frühere Generationen, teilt allerdings hauptsächlich die Generation der «Babyboomer»¹ (Abb. 11): Über 55-Jährige sehen sich mehrheitlich risikofreudiger als ihre Eltern. Je jünger die Befragten, desto häufiger besteht die Meinung, dass die eigene Generation weniger risikobereit als die Generation der Eltern ist. Bei den jungen Erwachsenen überwiegt die Einschätzung, dass ihre Eltern zumindest gleich (23 %), wenn nicht gar risikofreudiger (41 %) waren.

¹Zur sogenannten «Babyboomer»-Generation gehören die Jahrgänge 1946–1964)

Risikoverhalten der Generationen (Abb. 11)

«Über alles gesehen, wen erachten Sie als risikofreudiger: Sich selber oder Ihre Eltern, als diese in Ihrem Alter waren?», Angaben in Prozent



Im alltäglichen Gebrauch ist der Begriff Risiko heutzutage stark negativ konnotiert und wird hauptsächlich mit Gefahren in Verbindung gebracht. Risikobereitschaft wird als die Neigung verstanden, sich unnötig Gefahren auszusetzen. Risiken einzugehen kann allerdings auch ein Mittel zum Zweck sein. Denn um im Leben etwas zu erreichen, müssen sich Menschen auf bestimmte Risiken einlassen. Wer überlegt Situationen mit Risiken eingeht, sammelt Erfahrung, die wiederum helfen kann, künftige Risiken zu verringern. In welchen Bereichen ist die Schweizer Bevölkerung schon Risiken eingegangen und welche Erfahrungen hat sie dabei gemacht?

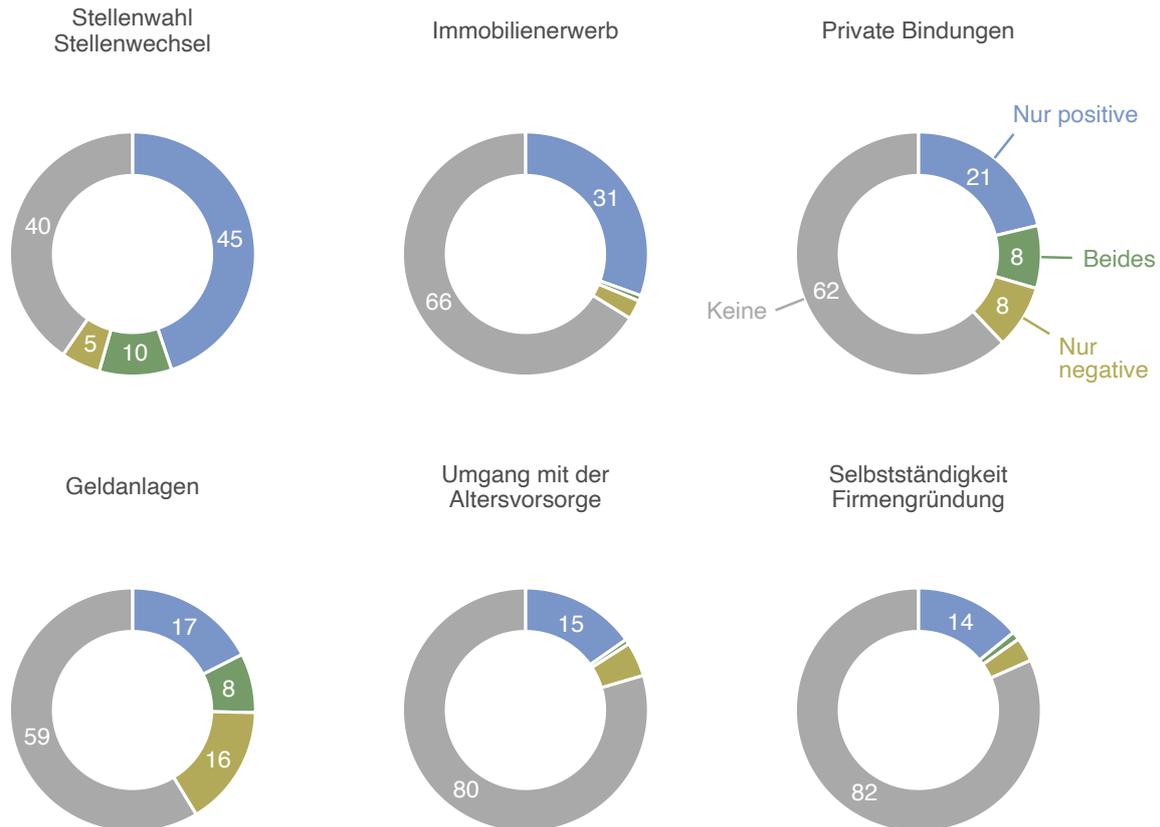
Wie Abbildung 12 zeigt, sind die Befragten am ehesten bereit ein Risiko einzugehen, wenn es um die Wahl oder den Wechsel ihres Arbeitgebers geht. In allen übrigen Bereichen geht eine Mehrheit lieber auf Nummer sicher. Insbesondere beim Umgang mit der Altersvorsorge oder dem Gang in die Selbstständigkeit

scheut sich der überwiegende Teil der Befragten davor, sich auf ein Risiko einzulassen.

Positive und negative Erfahrungen mit Risiken (Abb. 12)

Positive Erfahrungen: «In welchen der folgenden Bereiche sind Sie schon Risiken eingegangen und haben gute Erfahrungen damit gemacht?»

Negative Erfahrungen: «Und in welchen Bereichen sind Sie schon Risiken eingegangen und haben schlechte Erfahrungen damit gemacht?», Mehrfachantworten, Angaben in Prozent



Gleichzeitig zeigt die Studie, dass wer schon einmal Risiken eingegangen ist, daraus in der Regel positive Erfahrungen gemacht hat. Wer sich beispielsweise beim Stellenwechsel bereits einmal entschied, seine Sicherheit aufs Spiel zu setzen – etwa kündigte, ohne bereits eine neue Stelle zu haben – machte neunmal so oft nur positive Erfahrungen als nur negative. Auch wer beim Erwerb einer Immobilie Risiken einging, machte beinahe ausschliesslich positive Erfahrungen. Etwas häufiger hingegen machten die Befragten bei Entscheidungen über private Bin-

dungen negative Erfahrungen, wenngleich auch hier positive Erfahrungen deutlich häufiger als negative sind.

Dagegen halten sich bei Entscheiden zu Geldanlagen die negativen und positiven Erfahrungen die Waage: Die knapp zwei Fünftel der Befragten, die bereits einmal Geld angelegt haben, machten ebenso häufig positive wie negative Erfahrungen. Gerade in diesem Bereich dominieren allerdings exogene Risiken, die durch den Investor nicht beeinflussbar sind.

Deutlich am wenigsten oft werden Risiken im Umgang mit der Altersvorsorge oder beim Gang in die Selbstständigkeit eingegangen: Vier Fünftel gab an, dass sie sich in diesen Bereichen noch nie auf ein Risiko eingelassen haben. Wer es tat, der machte jedoch auch hier dreimal häufiger positive als negative Erfahrungen.

3.2. ABSICHERUNG GEGEN RISIKEN

Versicherungen bieten einen finanziellen Schutz für den Fall, dass ein Risiko eintritt. Sie erlauben dem einzelnen Individuum die Inkaufnahme bestimmter Risiken, da im Ereignisfall das Versichertenkollektiv für den finanziellen Verlust der geschädigten Person aufkommt. Mit diesem System können Schäden getragen werden, die für eine einzelne Partei allein nicht zu stemmen wären. Welche Gründe motivieren Personen hauptsächlich zum Abschluss einer Versicherung?

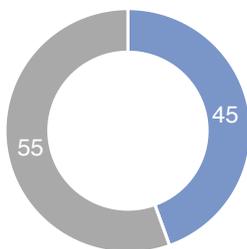
Die erwartete Eintretenswahrscheinlichkeit und das Schadensausmass sind wichtige Entscheidungstreiber, ob eine Versicherung abgeschlossen wird: (Abb. 13): 45 Prozent der Befragten geben an, sich gegen ein Risiko mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit zu versichern, und 41 Prozent bei einem zu erwartenden hohen Schadensausmass. Ein häufig genannter Anreiz für den Abschluss einer Versicherung ist allerdings auch der Umstand, dass das in Frage stehende Risiko vom Staat als nicht genügend abgesichert wahrgenommen wird: 39 Prozent schliessen hier eine private Versicherung als Ergänzung zur staatlichen Versicherungsleistung ab. Deutlich weniger häufig führten die

Befragten produktspezifische Merkmale und damit die Kosten-
seite als Hauptargumente für einen Versicherungsabschluss auf:
Nur für rund ein Viertel spricht eine tiefe Versicherungsprämie
oder ein geringer Selbstbehalt für eine Versicherung. 22 Prozent
geben an, sich vertraglich abzusichern, weil dies in der Schweiz
Usus ist.

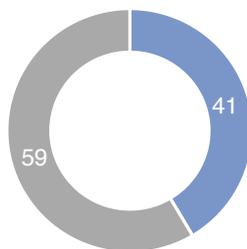
Gründe für Versicherung (Abb. 13)

«Welches sind für Sie wichtige Gründe, eine Versicherung abzuschliessen?», Angaben in Prozent

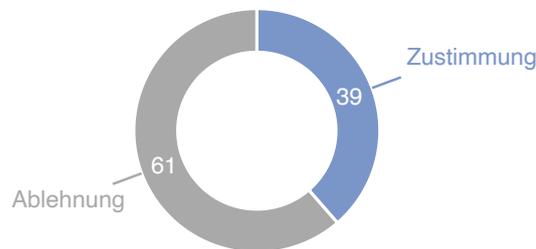
Hohe Wahrscheinlichkeit
für Schadensfall



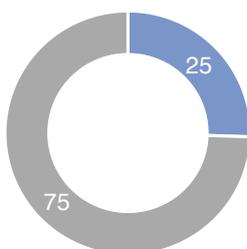
Hoher Schadensbetrag
erwartet



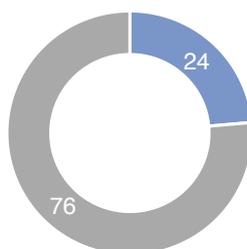
Ungenügende staatliche
Absicherung



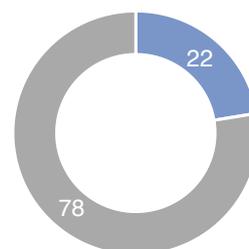
Preiswerte
Versicherungsprämie



Tiefer Selbstbehalt im
Schadensfall



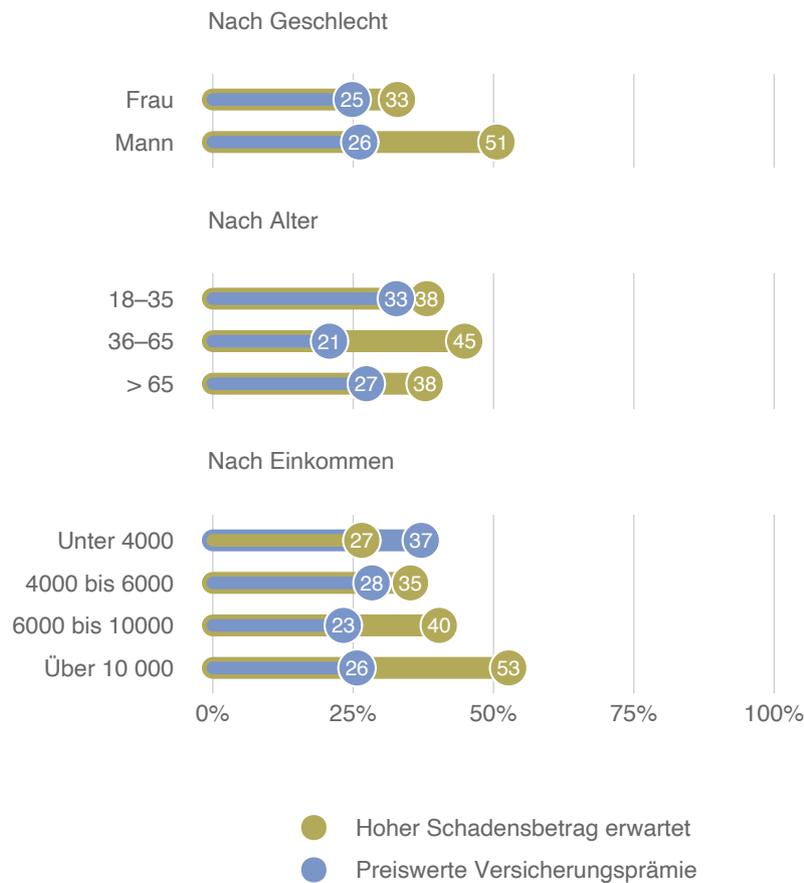
Es gehört sich in der
Schweiz, versichert zu
sein



Beim Abwägen von Pro und Kontra einer Versicherung spielt
das Kosten-Nutzen-Verhältnis eine Rolle, nicht jedoch für alle
Menschen in gleicher Weise. Dies zeigt die nach soziodemogra-
fischen Merkmalen der befragten Personen differenzierte Aus-
wertung (Abb. 14).

Gründe für Versicherung – nach soziodemografischen Merkmalen (Abb. 14)

«Welches sind für Sie wichtige Gründe, eine Versicherung abzuschliessen?», Angaben in Prozent



Mit Ausnahme der Personen mit einem Haushaltseinkommen von unter CHF 4000 ist es über sämtliche Bevölkerungsgruppen die Nutzenseite einer Versicherung, die im Vordergrund steht. Je höher das Einkommen, desto entscheidender ist die zu erwartende Höhe des Schadensausmasses für den Abschluss einer Versicherung. Bei Männern überwiegt dieses Argument zudem deutlicher als bei Frauen, bei 36- bis 65-Jährigen stärker als bei den über 65-Jährigen und unter 36-Jährigen.

3.3. UNTERSCHIEDLICHE ZUSTÄNDIGKEITEN

Private Versicherungen decken Risiken nach dem Prinzip der Risikodiversifikation ab. Grundvoraussetzung dafür sind die Kalkulierbarkeit des Risikos und die Unabhängigkeit der Schadenfallereignisse. Letzteres bedeutet, dass Schäden nicht gleichzeitig anfallen. Gewisse Risiken wie Grossrisiken lassen sich deshalb kaum versichern.

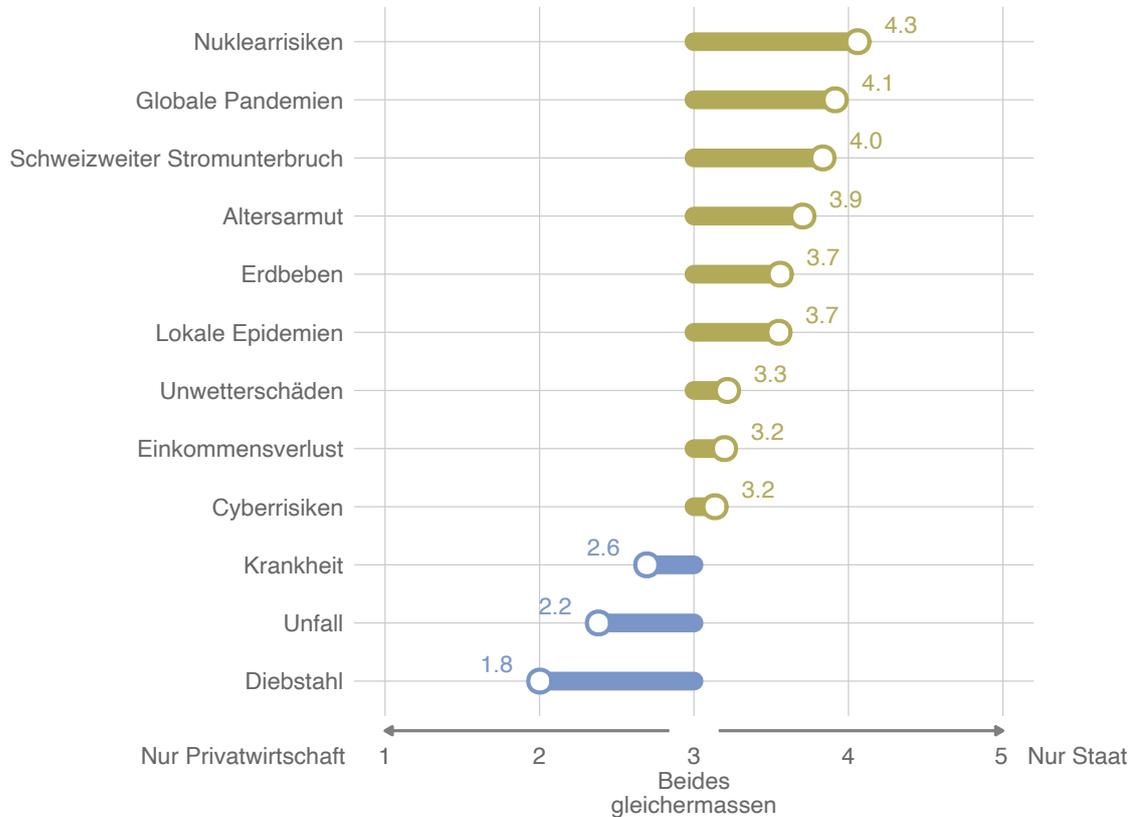
Neben privaten Versicherungen deckt der Staat und damit die Steuerzahlenden Risiken ab. Welche Risiken liegen nach Ansicht der Bevölkerung in der Zuständigkeit von privatwirtschaftlichen Versicherungen und welche soll der Staat tragen? Die Befragten konnten dabei auf einer Skala von 1 «Nur die Privatwirtschaft» bis 5 «Nur der Staat» ihre Präferenzen angeben.

Abbildung 15 illustriert deutlich: Grossrisiken wie Nuklearrisiken (4,3) oder globale Pandemien (4,1) sehen die Befragten hauptsächlich in der Verantwortlichkeit des Staates. Die Werte lassen sich wie folgt interpretieren: Bei einem Wert von drei liegt die Zuständigkeit gleichermassen bei Staat und Privatwirtschaft. Je höher der Wert über drei liegt, desto eher sollen die Risiken allein vom Staat, je kleiner der Wert als drei, desto eher nur von der Privatwirtschaft abgedeckt werden.

Mit abnehmendem Auswirkungsbereich rücken die Risiken zunehmend in den geteilten Zuständigkeitsbereich. Risiken wie Umweltschäden (3,3), Einkommensverlust (3,2) oder Cyberrisiken (3,2) liegen nach Ansicht der Bevölkerung nur noch leicht stärker im staatlichen Bereich als im privatwirtschaftlichen. Im Zuständigkeitsbereich der Privatwirtschaft sieht die Bevölkerung dagegen Risiken wie Krankheit (2,6), Unfall (2,2) und insbesondere Diebstahl (1,8)

Risikodeckung durch Staat oder Privatwirtschaft? (Abb. 15)

«Private Versicherungen decken Risiken ab, indem die Nichtbetroffenen für die Betroffenen aufkommen. Verschiedene Risiken werden jedoch auch durch den Staat und damit durch die Steuerzahlenden abgedeckt. Welche der folgenden Risiken sollen Ihrer Meinung nach durch private Versicherungen getragen werden und welche durch den Staat? Tragen Sie Ihre Antwort auf einer Skala von 1 «Nur Privatwirtschaft» bis 5 «Nur Staat» ein.» Dargestellt ist das arithmetische Mittel



3.4. GESELLSCHAFTLICHE RISIKEN ALS GRÖSSTE GEFAHR

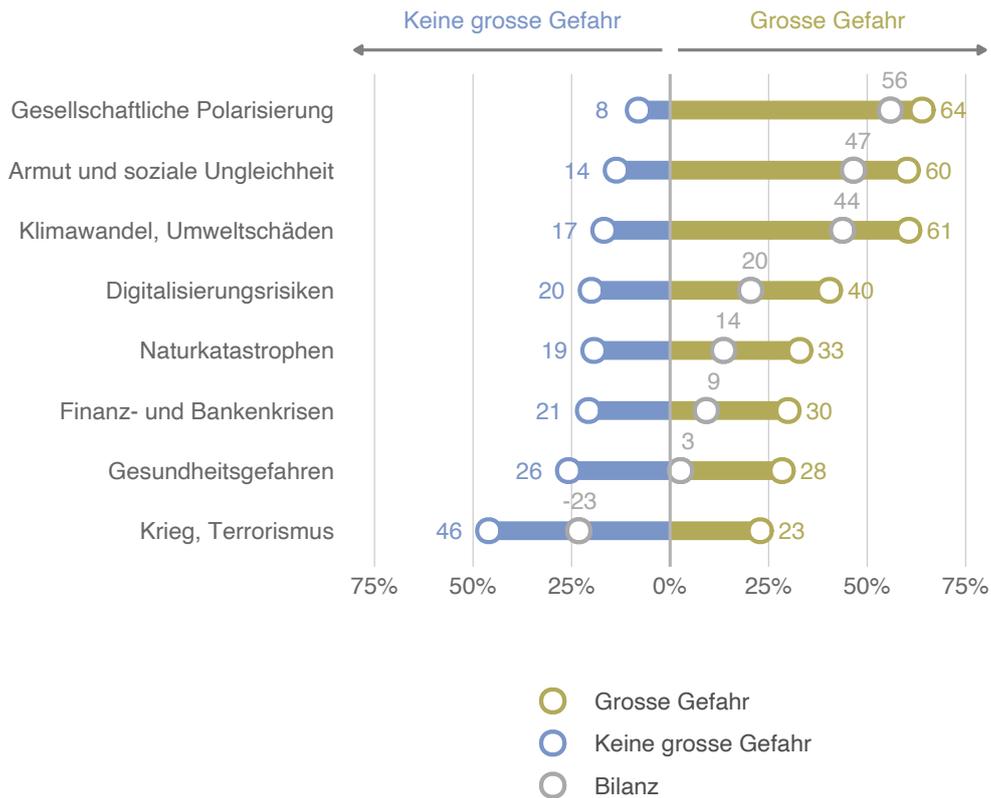
Welche Risiken stellen nach Ansicht der Bevölkerung die grösste Gefahr für die Schweiz dar? Bei dieser Frage geht es weniger um einzelne, konkrete Risiken. Stattdessen lassen sich je nach Kontext, in dem die Risiken auftreten, verschiedene Arten unterscheiden.

Wie Abbildung 16 zeigt, sieht die Bevölkerung vor allem in Risiken, welche die gesellschaftliche und politische Stabilität bedrohen, mittelfristig die grösste Gefahr für die Schweiz. Die Abbildung stellt dabei derjenige Bevölkerungsanteil, der in einem Risiko ein grosses Gefahrenpotenzial sieht, demjenigen Anteil

gegenüber, der die Gefahr eher als gering erachtet. Die Bilanz bildet sich aus der Differenz zwischen diesen beiden Bevölkerungsgruppen.

Risiken für Schweiz (Abb. 16)

Grosse Gefahr: «Welche der folgenden Risiken sind für Sie mittelfristig die grössten Gefahren für die Schweiz?»
Keine grosse Gefahr: «Und welche der folgenden Risiken sind für Sie mittelfristig keine grösseren Gefahren für die Schweiz?»
Lesehilfe: Die Grafik stellt den prozentualen Anteil der Befragten, der in einem Risiko ein grosses Gefahrenpotenzial sieht, demjenigen gegenüber, der die Gefahr eher als gering erachtet. Die Bilanz zeigt die Differenz zwischen diesen beiden Werten in Prozentpunkten.



In den vergangenen Monaten ist die öffentliche und gesellschaftliche Diskussion zu den Einschränkungen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie, zu den Kompetenzen des Bundes oder zur Impfpflicht stetig hitziger geworden. Zugleich sind die Menschen auch wirtschaftlich unterschiedlich von der Krise betroffen. Das grösste Gefahrenpotenzial erkennt die Bevölkerung deshalb aktuell in der zunehmenden Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft (56 Prozentpunkte), gefolgt von der Gefahr, die von einer grösser werdenden Kluft zwischen Arm und Reich für die gesellschaftliche und politische Stabilität ausgeht (47 Prozentpunkte).

Neben den gesellschaftlichen Risiken rangiert unter den meistgenannten Risiken auch der Klimawandel. Die Gefahr, die von der menschenverursachten Veränderung des Klimas und der übermässigen Belastung der Umwelt ausgeht, stellt in den Augen der Befragten die dritte wesentliche Gefahr für die Schweiz dar (44 Prozentpunkte). Das Gefährdungspotenzial von Naturkatastrophen – unter anderem als Folge des sich verändernden Klimas – schätzt die Bevölkerung zwar deutlich tiefer ein. In der Bilanz überwiegt dennoch die Einschätzung, dass auch Naturkatastrophen wie Erdbeben, Überschwemmungen oder Murgänge für die Sicherheit von Menschen und Sachwerten ein bedeutendes Gefahrenpotenzial darstellen (14 Prozentpunkte).

Ebenfalls eine eher grössere Gefahr für die Schweiz – aber mit einem deutlich geringeren Potenzial als gesellschaftliche Risiken oder der Klimawandel – sehen die Befragten in Risiken, die durch Digitalisierung immer weiterer Lebensbereiche entstehen (20 Prozentpunkte).

Ein mittleres Gefahrenpotenzial haben nach Einschätzung der Bevölkerung Finanz- und Bankenrisiken (9 Prozentpunkte) oder Gesundheitsrisiken (3 Prozentpunkte): Die Gefahrenbilanz dieser beiden Risiken ist nur leicht positiv. Auffallend ist, dass die Frage nach dem Gefahrenpotenzial von Gesundheitsrisiken die Bevölkerung in zwei Lager spaltet: Rund ein Viertel stuft die Gefahr als gross ein, ein Viertel als eher unbedeutend. Eine eher geringe Gefahr für die Schweiz geht nach Auffassung der Befragten dagegen von gewaltsamen Konflikten wie Kriegen und Terrorismus aus (–23 Prozentpunkte).

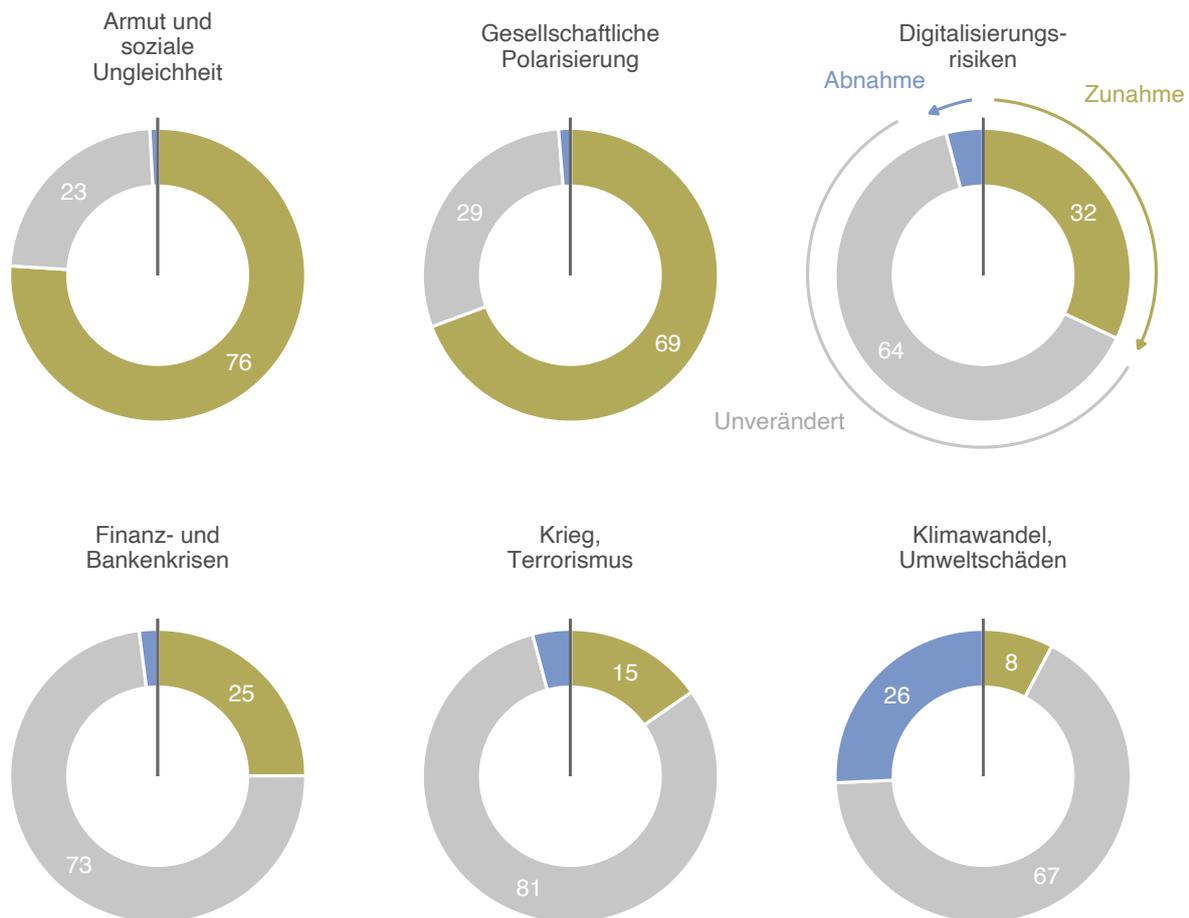
Krisen wie die Covid-19-Pandemie können die Risikowahrnehmung verändern. Einerseits, indem sich der Ereignisfall direkt auf die Risikoeinschätzung auswirkt. Andererseits können sonstige bekannte Risiken vermehrt in den Fokus rücken, andere in den Hintergrund. Wie hat sich die Pandemie nach Einschätzung der Bevölkerung auf die Bedeutung verschiedener Risikoarten ausgewirkt?

In der Einschätzung der Bevölkerung verschärft die Pandemie die verschiedenen bekannten Risiken eher, als dass sie diese abschwächt (Ab. 17). Die Pandemie hat aus Sicht der Befragten vor

allein das Risiko erhöht, dass die Schweiz zunehmend sozial und gesellschaftlich auseinanderdriftet. So verursacht für mehr als drei Viertel die Pandemie ein erhöhtes Risiko für das Auseinanderschieren von Arm und Reich sowie für 69 Prozent für den gesellschaftlichen Dissens.

Auswirkung Covid-19-Pandemie auf Risiken (Abb. 17)

Zunahme: «Welche der folgenden Risiken haben aufgrund der Covid-19-Pandemie Ihrer Meinung nach zugenommen?»
Abnahme: «Und welche haben aufgrund der Covid-19-Pandemie abgenommen?», Angaben in Prozent



Home-Office und «Social Distancing» haben die Digitalisierung in den letzten Monaten beschleunigt. Knapp jede dritte Person teilt die Einschätzung, dass durch die Pandemie jedoch auch die Risiken im Bereich der Digitalisierung zugenommen haben. Für knapp ein Viertel ist das Risiko einer Finanz- und Bankenkrise aktuell höher, als es ohne Pandemie wäre. 15 Prozent der Befrag-

ten sehen infolge der Pandemie das Risiko eines Krieges und von Terrorismus erhöht. Einzig der Klimawandel hat nach Einschätzung der Befragten als Risiko für Mensch und Umwelt im Zuge der Pandemie eher ab- als zugenommen.

3.5. PERSÖNLICHE RISIKOERWARTUNG

Gemäss den Ergebnissen der vorliegenden Studie liegen die grössten Gefahren für die Schweiz auf der gesellschaftlichen Ebene. Doch wie schätzen die befragten Personen die Wahrscheinlichkeit ein, von einem spezifischen Risiko in den nächsten zehn Jahren direktbetroffen zu sein?

Wie in den Vorjahren ist diese Frage auch in die diesjährige Erhebung eingeflossen. Aus aktuellem Anlass wurden dabei die ursprünglich aufgelisteten fünf Gefahren durch zwei weitere Risiken – die Pandemie und die Epidemie – ergänzt.

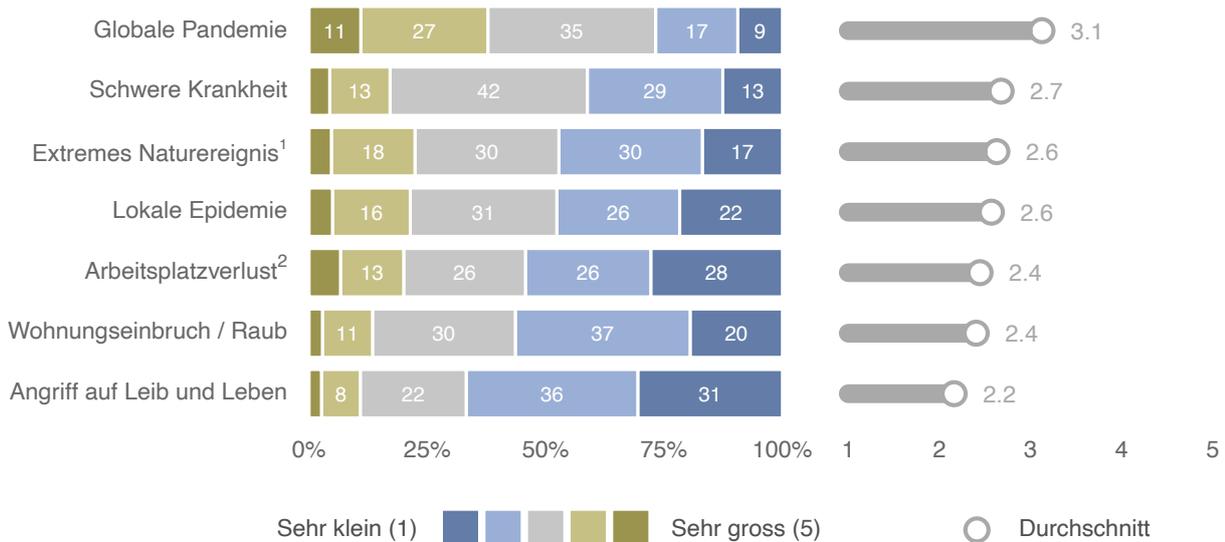
Wenig verwunderlich hat die erlebte Pandemie deutliche Spuren hinterlassen. Aktuell geht die Bevölkerung davon aus, dass die Eintrittswahrscheinlichkeit für diese spezifische Gefahr in den nächsten zehn Jahren am höchsten ist, gefolgt von der Wahrscheinlichkeit, schwer zu erkranken (Abb. 19). Die Abbildung zeigt dabei einerseits die Häufigkeit der jeweiligen Antworten (links) sowie den Durchschnittswert (rechts). Je grösser der Durchschnittswert, desto höher wird die Wahrscheinlichkeit eingeschätzt, von dem jeweiligen Ereignis in den nächsten zehn Jahren betroffen zu sein. Allgemein rangieren gesundheitliche Risiken in den oberen Rängen: Vergleichsweise häufig erwarten die Befragten auch, in den nächsten zehn Jahren von einer Epidemie betroffen zu sein, wozu beispielsweise die praktisch jährlich im Winter wiederkehrende Grippewelle zählt (2,6).

Neben diesen gesundheitlichen Risiken rechnet die Bevölkerung relativ häufig damit, in den nächsten Jahren von extremen Naturereignissen wie Stürmen, Hagel oder starken Niederschlägen betroffen zu sein (2,6). Etwas weniger verbreitet ist die Annahme, den Arbeitsplatz mindestens einmal zu verlieren (2,4), gefolgt von der Erwartung, in den folgenden zehn Jahren

Opfer eines Wohnungseinbruchs bzw. eines Diebstahls zu werden (2,4). Am wenigsten geht die Bevölkerung davon aus, einen tätlichen Angriff gegen die persönliche Unversehrtheit oder das eigene Leben zu erleiden (2,2).

Risikoeinschätzung (Abb. 18)

«Wie schätzen Sie die Gefahr ein, von folgenden Ereignissen in den nächsten zehn Jahren in der Schweiz betroffen zu sein?», Angaben in Prozent und arithmetisches Mittel

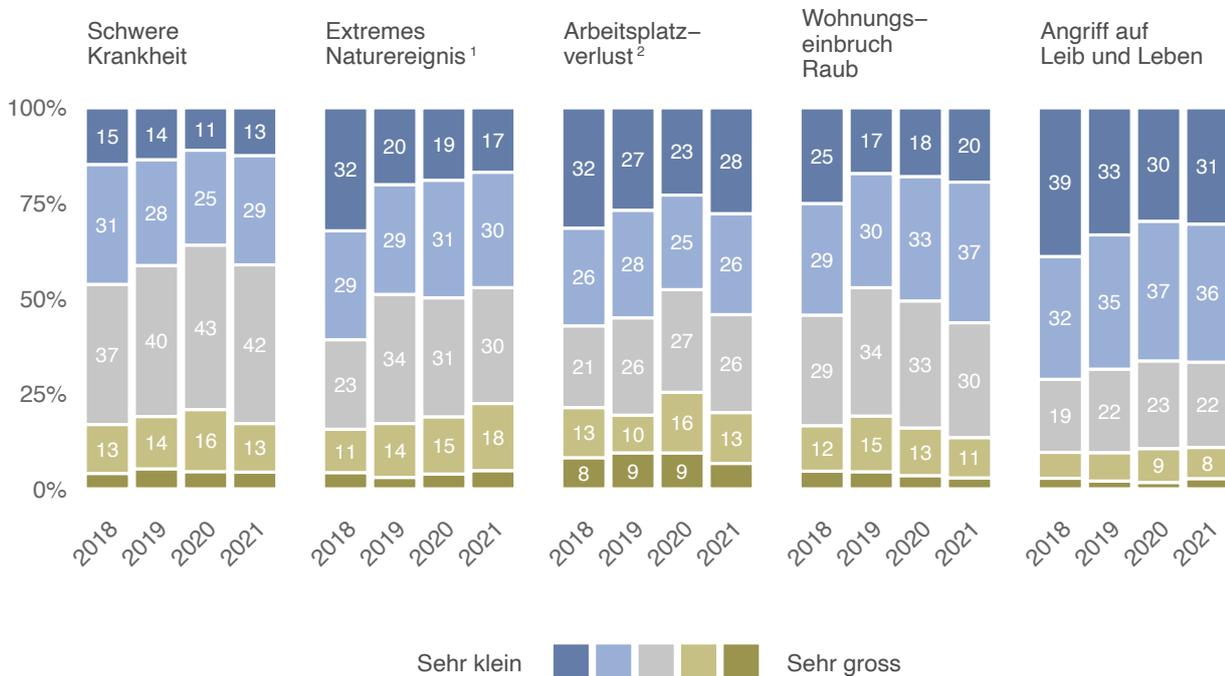


¹ Ohne Pandemie
² Ohne pensionierte Personen

Aktuell schätzen die Befragten die Wahrscheinlichkeit, schwer zu erkranken oder in ein schweres Unwetter zu kommen, höher ein als die Wahrscheinlichkeit, den Arbeitsplatz zu verlieren. Vor Jahresfrist sah dies noch anders aus: Die Furcht, im Beruf die Stelle zu verlieren, war verbreiteter (Abb. 19). Auch die Gefahr, Opfer einer schweren Krankheit zu sein, wird wieder geringer eingeschätzt als im Vorjahr. Dagegen wird von den Befragten das Risiko, Opfer eines extremen Naturereignisses zu werden, seit Beginn der Erhebung zwar nur als leicht, aber als kontinuierlich wachsend wahrgenommen.

Risikoeinschätzung über die Zeit (Abb. 19)

«Wie schätzen Sie die Gefahr ein, von folgenden Ereignissen in den nächsten zehn Jahren in der Schweiz betroffen zu sein?», Angaben in Prozent



¹ Ohne Pandemie
² Ohne pensionierte Personen

Die Erwartung, in den nächsten zehn Jahren, Opfer eines Wohnungseinbruchs zu werden, hat – nach einem deutlichen Anstieg 2019 – wieder abgenommen und liegt nun auf ähnlichem Niveau wie vor vier Jahren. Vergleichsweise wenig verändert hat sich über die letzten vier Jahre dagegen die Einschätzung, Opfer eines Angriffs auf Leib und Leben zu werden.

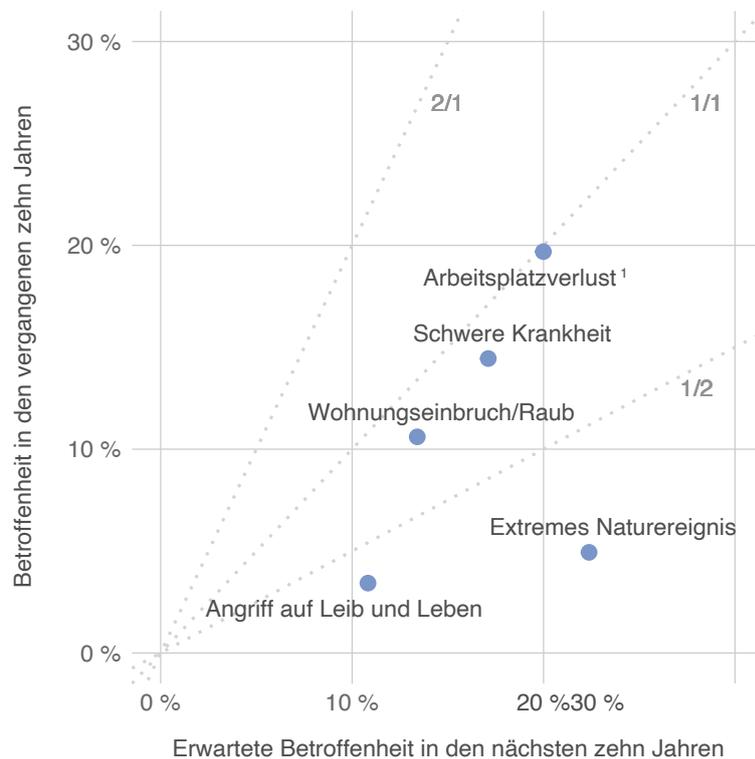
Wie «gut» schätzt die Bevölkerung die verschiedenen Risiken ein? Über- oder unterschätzt sie gewisse Risiken? Abbildung 20 stellt die Einschätzung, in den nächsten zehn Jahren von einer bestimmten Gefahr betroffen zu sein (horizontale Achse), der tatsächlichen Betroffenheit der vergangenen zehn Jahren gegenüber (vertikale Achse).

Die Abbildung zeigt: Im Allgemeinen geht die Bevölkerung von einem grösseren Risiko aus, als es die tatsächliche Betroffen-

heit der letzten Jahre vermuten liesse. Am ehesten stimmt die Einschätzung, den eigenen Arbeitsplatz zu verlieren, mit der tatsächlichen Betroffenheit der letzten zehn Jahre überein – der Wert liegt nahe an der 1/1-Diagonale.

Eigene Betroffenheit und Risikoeinschätzung (Abb. 20)

Risikoeinschätzung: «Wie schätzen Sie die Gefahr ein, von folgenden Ereignissen in den nächsten zehn Jahren in der Schweiz betroffen zu sein?», Eigene Betroffenheit: «Von welchen der folgenden Vorfälle waren Sie selber in den vergangenen zehn Jahren in der Schweiz betroffen?», Angaben in Prozent



¹ Ohne pensionierte Personen

Für die anderen aufgelisteten Gefahren «überschätzen» die befragten Personen die Eintrittswahrscheinlichkeit. Das heisst, dass die Anzahl der tatsächlich eingetretenen Schadensfälle über eine Dauer von zehn Jahren geringer ist als erwartet: So schätzen die Befragten die Wahrscheinlichkeit, schwer zu erkranken oder Opfer eines Wohnungseinbruches zu werden, um einen Faktor von rund 1,2 höher ein, als es die Erfahrung der letzten zehn Jahre gezeigt hat. Am deutlichsten ist die Abweichung zwischen erwarteter und tatsächlicher Betroffenheit, wenn es um die Einschätzung geht, in den folgenden zehn Jahren Opfer

eines Angriffs auf Leib und Leben zu werden oder von einem extremen Naturereignis betroffen zu sein.

Sicherheit im Alltag

Sicherheit ist auch in der modernen Gesellschaft ein grundlegendes Bedürfnis. Wenn sich Menschen unsicher fühlen, bedeutet dies nicht zuletzt auch eine wesentliche Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität.

Das Sicherheitsgefühl wird einerseits durch unterschiedliche Aspekte im Leben beeinflusst. Andererseits ist das Bedürfnis nach Sicherheit in den verschiedenen Lebensbereichen eines Menschen nicht immer gleichermassen gedeckt. So kann die Erwerbstätigkeit zum Sicherheitsgefühl einer Person beitragen, wenn sie diese als gesichert betrachtet. Die Publikationsreihe «Sicherheitsmonitor» des SVV geht deshalb auch dieses Jahr auf die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung ein.

4.1. WAS IM LEBEN SICHERHEIT GIBT

Sicherheit ist zum einen ein objektiver Zustand, der sich durch Statistiken beschreiben lässt.¹ Für den Menschen und sein Bedürfnis nach Sicherheit entscheidend ist allerdings das individuelle Gefühl, sich sicher zu fühlen. Dieses subjektive Sicherheitsempfinden muss nicht zwingend mit der objektiv messbaren Sicherheit übereinstimmen. Vielmehr wird das Gefühl, sicher zu sein, durch die persönliche Einschätzung beeinflusst, dass ver-

¹z.B. durch die polizeiliche Kriminalitätsstatistik des Bundesamtes für Statistik (BFS)

schiedene, für die Person wichtige Lebensbereiche nicht gefährdet sind.

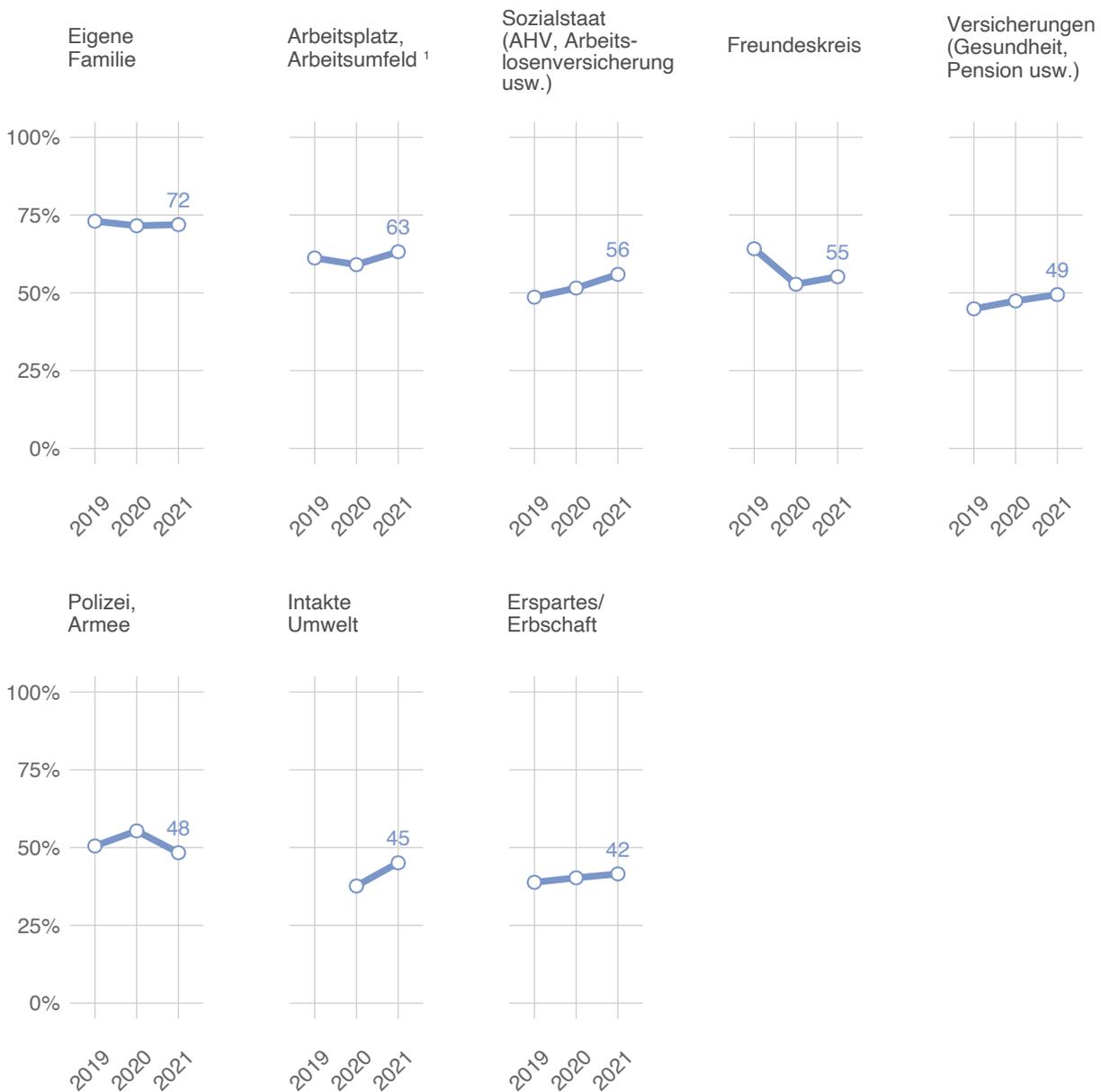
Seit gut einem Jahr ist die Covid-19-Pandemie omnipräsent. Sie durchdringt beinahe sämtliche Lebensbereiche und das Leben verändert sich aktuell in rasanter Geschwindigkeit. Dennoch, die Menschen in der Schweiz fühlen sich grösstenteils sicher. Auch in der diesjährigen Erhebung gaben knapp neun von zehn der Befragten an, sich in der heutigen Zeit sicher zu fühlen (nicht in Abb.). Das Gefühl der Sicherheit gibt dabei vor allem die eigene Familie, gefolgt vom Arbeitsplatz (Erwerbspersonen) und vom Sozialstaat (Abb. 21). Auch nach Monaten, in denen sich das Leben aufgrund behördlicher Anordnung vermehrt in den eigenen vier Wänden abgespielt hat, trägt für unverändert knapp drei Viertel der Befragten die Familie massgeblich zum persönlichen Sicherheitsgefühl bei. Interessanterweise gibt auch die Erwerbstätigkeit – und damit das gesicherte Einkommen – im Vergleich zum Vorjahr für die Befragten wieder mehr ein Gefühl von Sicherheit.

Über die drei Erhebungsjahre hinweg ist für die Bevölkerung die Absicherung durch den Sozialstaat oder durch Versicherungen zunehmend wichtiger geworden: Seit 2019 haben diese Bereiche in der Bevölkerung langsam, aber stetig an Relevanz gewonnen. Im aktuellen Jahr gibt mehr als die Hälfte der befragten Personen an, dass ihnen das soziale Auffangnetz des Sozialstaates und die finanzielle Absicherung durch Versicherungen Sicherheit geben.

Eine geringere Bedeutung als vor Beginn der Pandemie hat dagegen der eigene Freundeskreis, was nicht überrascht, da die Pflege des Freundschaftsnetzwerks in den letzten Monaten erschwert gewesen ist.

Bereiche, die massgeblich zum Sicherheitsgefühl der Befragten beitragen (Abb. 21)

«Ganz grundsätzlich: Was trägt massgeblich zu Ihrem Sicherheitsgefühl bei?», Angaben in Prozent



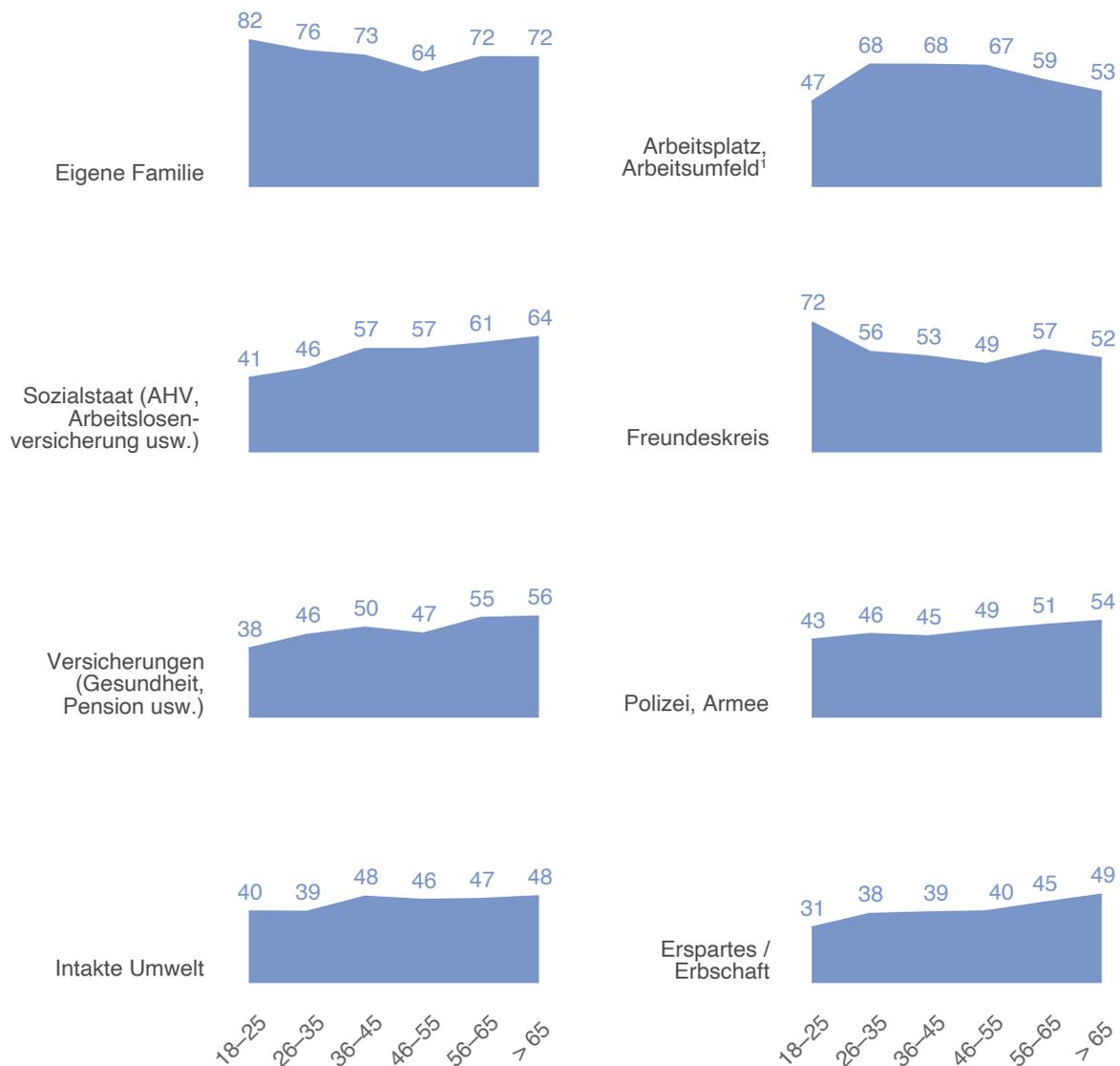
¹ Ohne pensionierte Personen

Es ist zu vermuten, dass je nach Lebensphase unterschiedliche Bereiche Sicherheit stiftend sind. In der Tat vermitteln den jungen Erwachsenen die eigene Familie und der Freundeskreis deutlich häufiger ein Gefühl von Sicherheit, als dies bei über 35-jährigen Personen der Fall ist (Abb. 22). Der Arbeitsplatz und das Arbeitsumfeld spielt dagegen vor allem bei der Alters-

gruppe der 26- bis 55-Jährigen, die mitten im Erwerbsleben stecken, eine bedeutendere Rolle. Wenig überraschend gewinnen mit den Lebensjahren private Versicherungen, das eigene Ersparte und der Sozialstaat für die Stärkung des persönlichen Sicherheitsgefühls an Gewicht.

Bereiche, die massgeblich zum Sicherheitsgefühl beitragen – nach Alter (Abb. 22)

«Ganz grundsätzlich: Was trägt massgeblich zu Ihrem Sicherheitsgefühl bei?», Angaben in Prozent



¹ Ohne pensionierte Personen

4.2. SICHERHEITSBEDÜRFNIS – BEFRIEDIGT ODER UNBEFRIEDIGT?

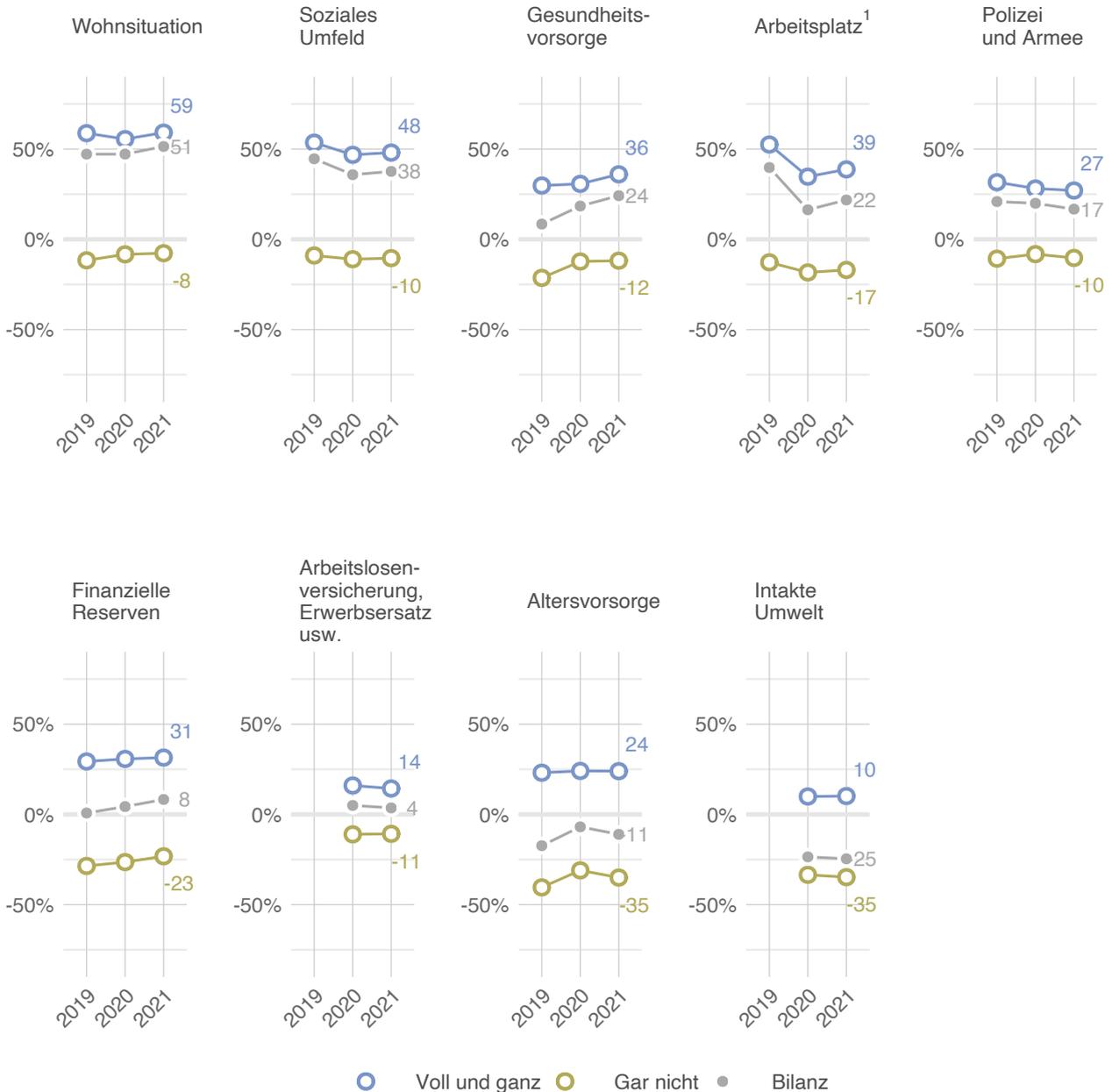
Wie die Abbildung 23 zeigt: Unabhängig vom Erhebungsjahr fühlt sich die Bevölkerung im Quervergleich der erhobenen Bereiche in Bezug auf die Wohnsituation am besten abgesichert, gefolgt vom sozialen Umfeld. Ebenfalls eine positive Sicherheitsbilanz – als Differenz zwischen dem Anteil der Befragten, deren Sicherheitsbedürfnis vollends befriedigt ist, und solchen, deren Bedürfnis nach Sicherheit überhaupt nicht befriedigt ist – zeigt sich in den Bereichen der Gesundheitsvorsorge und der Erwerbstätigkeit.

Im Lebensbereich des sozialen Umfelds und der Erwerbstätigkeit lässt sich allerdings in den Erhebungen der letzten zwei Jahre eine gewisse Verunsicherung beobachten. Insbesondere in der Vorjahresumfrage lag der Anteil an Erwerbspersonen, die sich deutlich mehr berufliche Sicherheit wünschten, markant höher als 2019. Im aktuellen Jahr lässt sich zwar eine gewisse Entspannung messen. Dennoch fällt die Bilanz auch dieses Jahr deutlich tiefer aus als zur Zeit vor Beginn der Covid-19-Pandemie. Zunehmend besser gedeckt sieht die Bevölkerung dagegen ihr Bedürfnis nach gesundheitlicher Sicherheit wie auch nach finanzieller Absicherung. Letzteres fällt in der Bilanz allerdings nur knapp positiv aus.

Nach wie vor lässt sich in der Altersvorsorge und in Bezug auf eine intakte Umwelt in der Bevölkerung ein Sicherheitsdefizit beobachten. Bei der Vorsorge für das Alter zeigt sich zudem – wie auch bei der finanziellen Absicherung – eine gewisse Zweiteilung der Bevölkerung. Jeweils ein substanzieller Teil der Bevölkerung fühlt sich entweder finanziell vollends abgesichert oder gar nicht abgesichert – sei es im Alter oder allgemein. Im Gegensatz zu den finanziellen Ressourcen ist bei der Altersvorsorge die Bilanz allerdings negativ: Es fühlen sich mehr Menschen deutlich zu wenig abgesichert als genügend abgesichert. Weiterhin hat die Bevölkerung das grösste Bedürfnis nach mehr Sicherheit in Bezug auf eine intakte Umwelt.

Sicherheitsbedürfnis nach Bereichen (Abb. 23)

Voll und ganz: «In welchen Bereichen ist Ihr Sicherheitsbedürfnis voll und ganz befriedigt?»
 Gar nicht: «In welchen Bereichen ist Ihr Sicherheitsbedürfnis gar nicht befriedigt?», Bilanz: Differenz aus «Voll und ganz»
 und «Gar nicht», Angaben in Prozent(punkten)



¹ Ohne pensionierte Personen

Die Antwort auf die Frage, in welchen Bereichen sich Menschen genügend abgesichert fühlen und in welchen sie sich mehr Sicherheit wünschen, variiert wiederum deutlich nach Alter. Abbildung 24 zeigt dabei pro Altersgruppe, wo das Sicherheitsbe-

dürfnis der Befragten in der Bilanz gedeckt ist und wo nicht. Bereiche oberhalb der Linie in Blau haben eine positive, gelbe eine negative Bilanz.

Sicherheitsbedürfnis nach Bereichen – nach Alter (Abb. 24)

Bilanz zwischen «In welchen Bereichen ist Ihr Sicherheitsbedürfnis voll und ganz befriedigt?» und «In welchen Bereichen ist Ihr Sicherheitsbedürfnis gar nicht befriedigt?» in Prozentpunkten



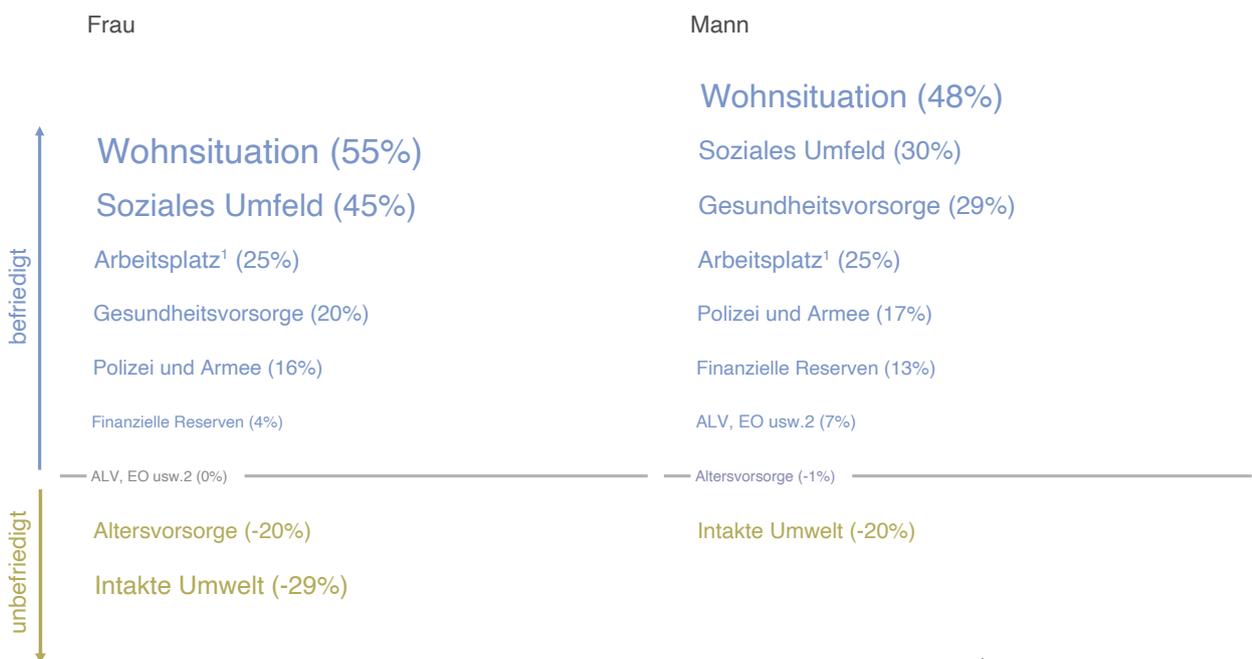
¹ Ohne pensionierte Personen

Bereits auf den ersten Blick wird deutlich, dass das Bedürfnis nach Sicherheit bei den älteren Befragten viel breiter abgedeckt ist als bei den Jüngeren. Insbesondere wenn es um ihre finanzielle Vorsorge für das Alter geht, fühlen sich junge Erwachsene ungenügend abgesichert. Auch bei den 36- bis 65-Jährigen weist die Altersvorsorge eine Negativbilanz auf, allerdings weniger deutlich. Über 65-Jährige fühlen sich dagegen – mit Ausnahme der intakten Umwelt – in allen erfragten Bereichen genügend abgesichert. Die Umwelt ist zudem auch der einzige Bereich, in dem sich keine der drei Altersgruppen ausreichend abgesichert sieht. Auch hier sind es jedoch die jüngeren Personen, deren Sicherheitsbilanz bei der Umwelt am negativsten ausfällt. Sie sind es, welche durch den Klimawandel und andere Umweltprobleme am längsten und nachhaltigsten betroffen sein werden.

Vergleichsweise wenig Unterschiede gibt es bei der Aufschlüsselung der Sicherheitsbilanz nach Geschlecht (Abb. 25). Mit Ausnahme der Altersvorsorge unterscheidet sich die Sicherheitsbilanz der beiden Geschlechter wenig. Frauen fühlen sich zwar im sozialen Umfeld besser abgesichert als Männer. Letztere dafür, wenn es um die finanziellen Ressourcen und den Bereich der Gesundheitsvorsorge geht. Im Gegensatz zu den Männern ist die Sicherheitsbilanz der Frauen bei der Altersvorsorge negativ: Es fühlen sich deutlich mehr Frauen finanziell für das Alter zu wenig abgesichert.

Sicherheitsbedürfnis nach Bereichen – nach Geschlecht (Abb. 25)

Bilanz zwischen «In welchen Bereichen ist Ihr Sicherheitsbedürfnis voll und ganz befriedigt?» und «In welchen Bereichen ist Ihr Sicherheitsbedürfnis gar nicht befriedigt?» in Prozentpunkten



¹ Ohne pensionierte Personen

Vorsorge: Erwartungen und Verhalten

Das Alter birgt ein Armutsrisiko, wenn das Erwerbseinkommen mit dem Eintritt in den Ruhestand wegfällt. Das Schweizer Altersvorsorgesystem zielt deshalb darauf ab, der Bevölkerung im Alter den Erhalt ihrer bisherigen Lebenshaltung in angemessener Weise zu ermöglichen. Die Frage, ob die Altersrente hierzu ausreicht, zählt allerdings seit Beginn dieser Erhebungsserie zu den Haupt Sorgen der Schweizer Bevölkerung. Infolge demografischer Entwicklungen und einem anhaltenden Tiefzinsumfeld geraten die erste und die zweite Säule des Schweizer Altersvorsorgesystems zunehmend in finanzielle Schwierigkeiten. Die Publikationsreihe «Sicherheitsmonitor» des SVV geht deshalb zum dritten Mal in Folge der Frage nach, wie die Bevölkerung die Entwicklung ihrer eigenen Altersvorsorge und die allgemeine Rentenentwicklung einschätzt.

5.1. ZEITPUNKT DER PENSIONIERUNG

Die Schweizer Bevölkerung wird immer älter: Einerseits steigt die Lebenserwartung, andererseits kommen im Vergleich zu den Jahrgängen der pensionierten Bevölkerung weniger Kinder zur Welt. Dadurch verändert sich das Verhältnis zwischen dem Anteil der Personen im Rentenalter gegenüber der Altersgruppe der Erwerbstätigen. Lag der Altersquotient 2000 noch bei 25,0, liegt das Verhältnis von über 64-Jährigen zu 20- bis 64-Jährigen heute bei 30 Prozent.¹ Auf eine rentenbeziehende Person kommen folglich immer weniger Erwerbspersonen.

Der Effekt der demografischen Alterung auf die Altersvorsorge liesse sich abfedern, wenn mehr Erwerbspersonen² über das gesetzliche Rentenalter hinaus arbeiten würden. Im Gegenzug verschärft sich dieser Effekt, wenn sich weiterhin viele Menschen frühzeitig vor dem ordentlichen Rentenalter pensionieren lassen. Auch die diesjährige Erhebung ergibt: Der überwiegende Teil der Erwerbspersonen beabsichtigt, sich spätestens mit dem gesetzlichen Pensionsalter zur Ruhe zu setzen (Abb. 26).

Dabei zeigt sich über die Erhebungsjahre ein relativ konstantes Muster: Rund die Hälfte der Erwerbsbevölkerung plant, mit dem gesetzlichen Rentenalter in Pension zu gehen, ein Fünftel hat vor, über das gesetzliche Rentenalter hinaus zu arbeiten und ein Viertel der Bevölkerung strebt eine frühzeitige Pensionierung an.

Allerdings hat das Vorhaben, mit dem gesetzlichen Rentenalter in den Ruhestand zu treten, über die drei Erhebungsjahre bei den unter 36-Jährigen auf Kosten einer Pensionierung nach dem gesetzlichen Rentenalter leicht an Bedeutung gewonnen. Dies kann jedoch auch damit zusammenhängen, dass jüngere Generationen zunehmend davon ausgehen, dass das gesetzliche Rentenalter zum Zeitpunkt ihres 65. bzw. 66. Lebensjahrs bereits erhöht sein wird. Bei den über 35-jährigen Erwerbspersonen hat

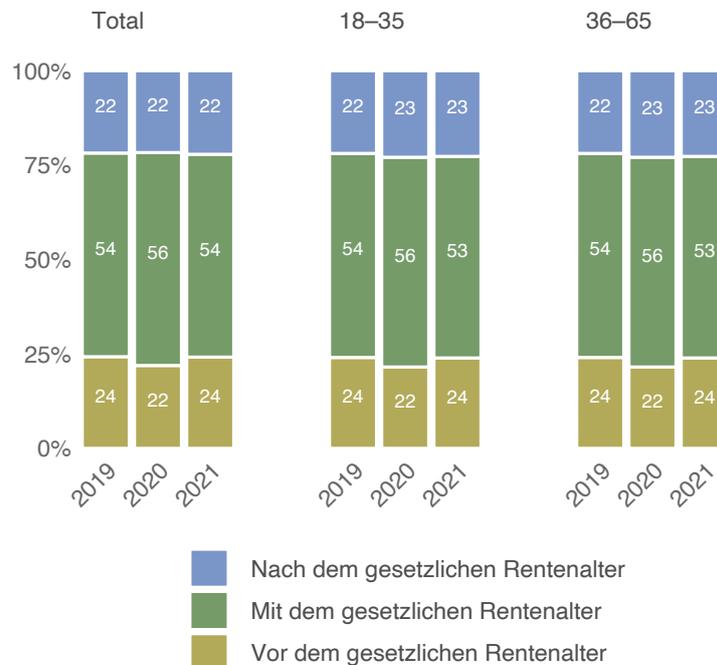
¹Bundesamt für Statistik (BFS), Altersquotient

²Zur Erwerbsbevölkerung zählen alle Menschen im erwerbsfähigen Alter. In der vorliegenden Studie umfasst dies die Altersklassen der 18- bis 65-Jährigen ohne frühpensionierte Personen.

dagegen der Anteil der Personen, die von einer Pensionierung nach dem gesetzlichen Rentenalter ausgehen, leicht zugenommen.

Voraussichtliches persönliches Pensionsalter – nach Alter (Abb. 26)

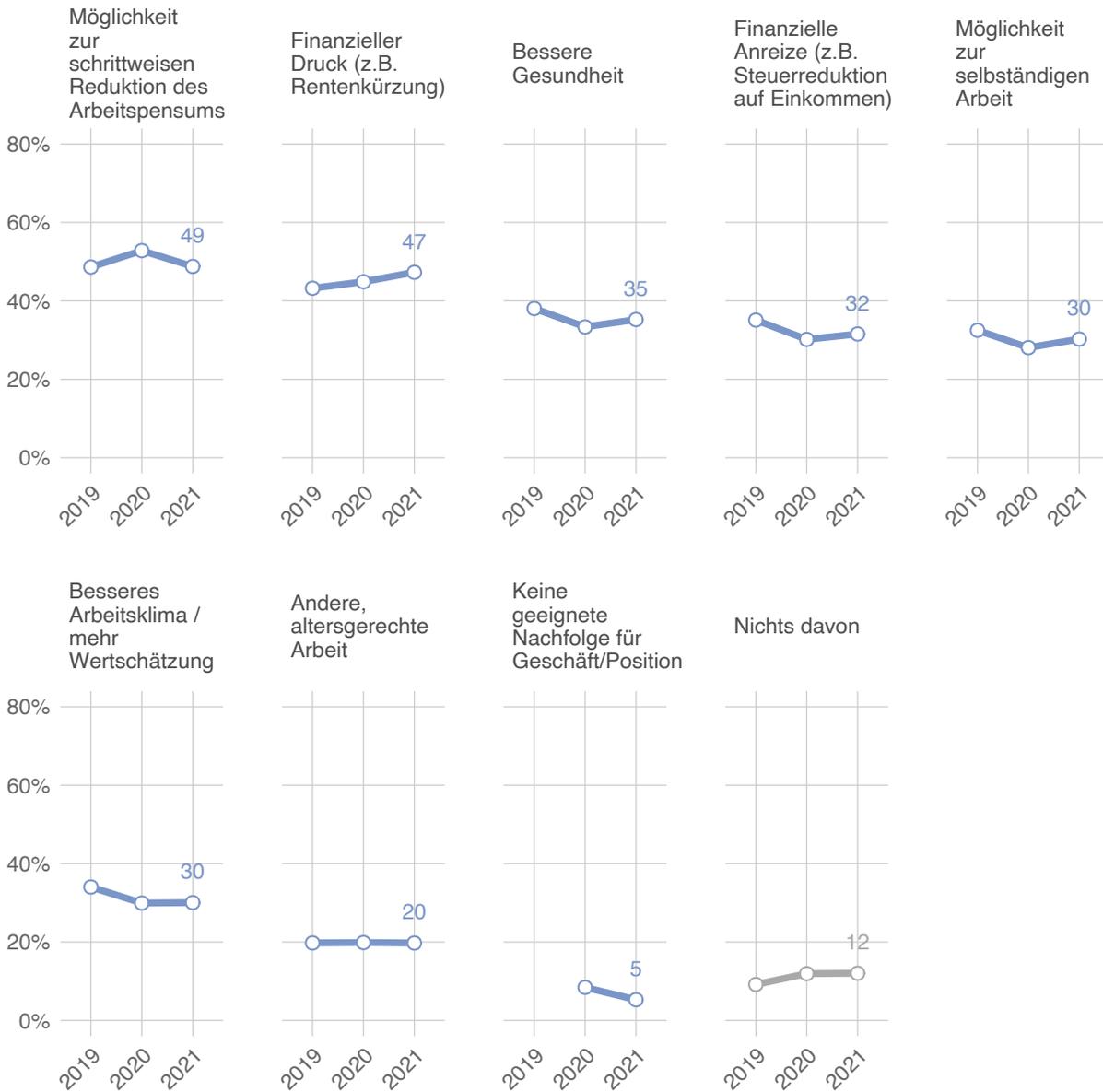
«Was denken Sie, wann lassen Sie sich pensionieren?», 18- bis 65-Jährige, ohne pensionierte Personen, Angaben in Prozent



Welche Faktoren könnten dazu führen, dass eine Person ihre Erwerbstätigkeit über das gesetzliche Rentenalter hinaus verlängert? Nach Ansicht der Befragten ist dies einerseits die Möglichkeit, das Arbeitspensum schrittweise zu reduzieren (49 %, Abb. 27). Andererseits könnte der finanzielle Druck, weil beispielsweise die Renten tiefer ausfallen werden, ein Grund sein, über das gesetzliche Rentenalter hinaus zu arbeiten (47 %). Andere Aspekte der Arbeitssituation würden dagegen nach Ansicht der Befragten weniger dazu führen, dass sie länger im Erwerbsleben bleiben.

Faktoren für spätere Pensionierung (Abb. 27)

«Welche Faktoren könnten dazu beitragen, dass Sie länger als vorgesehen arbeiten?», 18- bis 65-Jährige, ohne pensionierte Personen, Angaben in Prozent



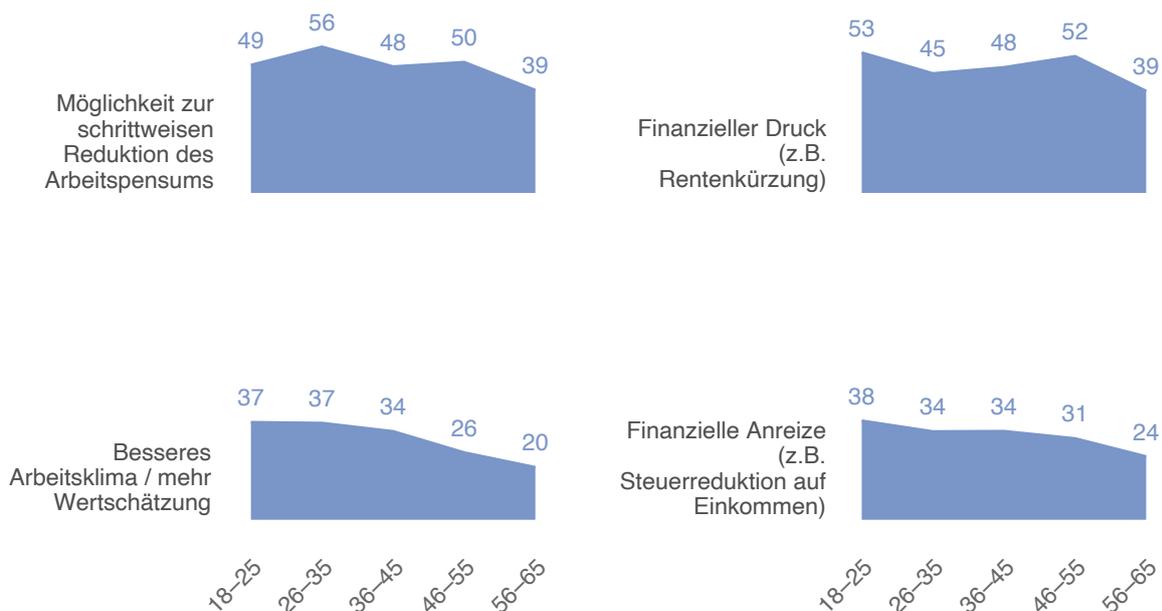
Der Vergleich der Ergebnisse über die drei Erhebungsjahre zeigt zudem, dass verschiedene Faktoren wie eine bessere Gesundheit, finanzielle Anreize und Arbeitsplatzaspekte in den letzten beiden Erhebungen zwar leicht an Bedeutung eingebüsst haben: Die Einschätzung, welche Faktoren am ehesten dazu führen könnten, dass eine befragte Person den Zeitpunkt

ihres Ruhestandeintritts nach hinten verschiebt, ist jedoch über die drei Erhebungsjahre stabil geblieben.

Wie der Altersgruppenvergleich in der Abbildung 28 zeigt, verlieren verschiedene Argumente für einen späteren Übertritt in den Ruhestand an Bedeutung, je näher das gesetzliche Rentenalter rückt. Interessant ist vor allem die Einschätzung derjenigen Personen, die kurz vor der Pensionierung stehen – die Frage ist bei dieser Bevölkerungsgruppe deutlich weniger theoretisch als bei den jungen Erwachsenen.

Faktoren für spätere Pensionierung – nach Alter (Abb. 28)

«Welche Faktoren könnten dazu beitragen, dass Sie länger als vorgesehen arbeiten?» 18- bis 65-Jährige, ohne pensionierte Personen, Angaben in Prozent



Auch für diese Altersgruppe zählen die Möglichkeit zu einer schrittweisen Reduzierung des Arbeitspensums oder der finanzielle Druck am ehesten zu den Kriterien, die für eine längere Erwerbstätigkeit sprechen. Auffallend ist, dass diese beiden Optionen vor allem unter den Erwerbspersonen kurz vor dem gesetzlichen Rentenalter an Attraktivität einbüßen. Faktoren wie ein besseres Arbeitsklima oder finanzielle Anreize verlieren

demgegenüber mit dem Alter kontinuierlich und stärker an Bedeutung.

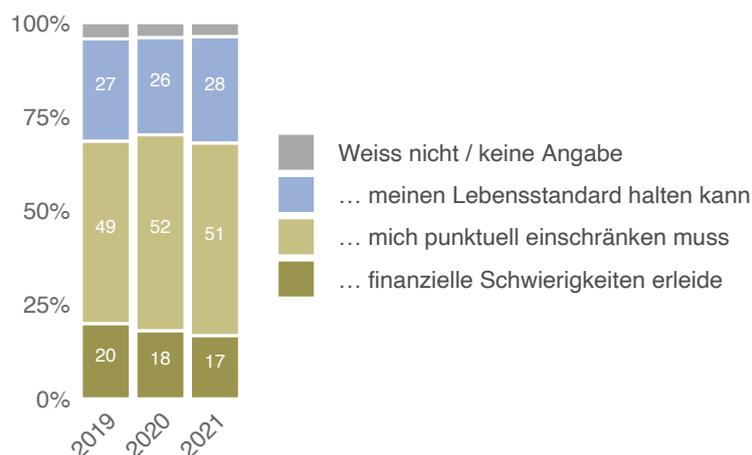
5.2. EINSCHÄTZUNGEN ZUR EIGENEN ALTERSRENTE

Finanzieller Druck gehört für die Erwerbsbevölkerung zu den Hauptgründen für eine allfällige Pensionierung nach dem gesetzlichen Rentenalter. Geht die Erwerbsbevölkerung davon aus, dass sie ihren Lebensstandard nach der Pensionierung senken muss?

Ja, wie Abbildung 29 illustriert. Seit Beginn der Erhebung dieser Frage rechnen jeweils etwas weniger als drei Viertel der Erwerbspersonen zumindest mit partiellen finanziellen Einschränkungen. Dagegen geht gut ein Viertel davon aus, den bisherigen Lebensstandard nach der Pensionierung weiter halten zu können.

Finanzielle Aussichten für das Rentenalter (Abb. 29)

«Wie beurteilen Sie Ihre eigenen finanziellen Aussichten für das Rentenalter? Ich gehe davon aus, dass ich ...», 18- bis 65-Jährige, ohne pensionierte Personen, Angaben in Prozent



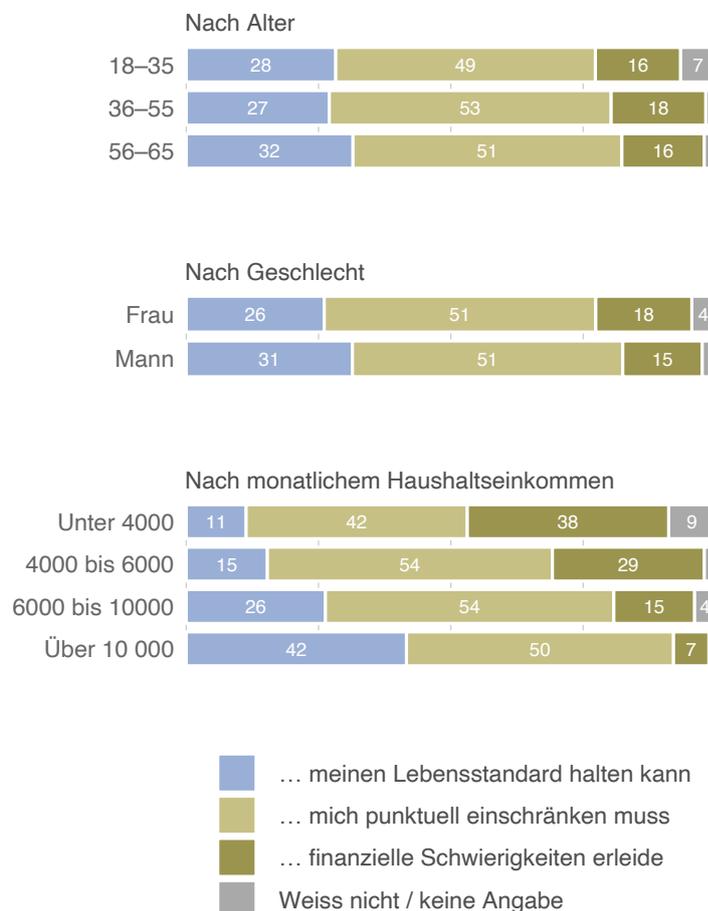
Wer kurz vor der Pension steht, rechnet eher damit, den gewohnten Lebensstandard halten zu können, als Personen, die noch viele Jahre von der eigenen Pensionierung entfernt sind (Abb. 30). Knapp ein Drittel der 56- bis 65-jährigen Erwerbspersonen geht

davon aus, den Lebensstandard im Ruhestand halten zu können. 18- bis 55-Jährige sehen sich dagegen häufiger zumindest mit teilweisen Einschränkungen konfrontiert.

Frauen haben im Schnitt tiefere Altersrenten als Männer.³ Es verwundert deshalb nicht, dass ihre Einschätzung des Lebensstandards im Ruhestand skeptischer ausfällt als diejenige der Männer. Am deutlichsten rechnen allerdings Personen mit tiefen Einkommen mit einer Einschränkung des Lebensstandards im Alter.

Finanzielle Aussichten für das Rentenalter – nach soziodemografischen Merkmalen (Abb. 30)

«Wie beurteilen Sie Ihre eigenen finanziellen Aussichten für das Rentenalter? Ich gehe davon aus, dass ich ...», 18- bis 65-Jährige, ohne pensionierte Personen, Angaben in Prozent



³vgl. BFS. 2021. Neurentenstatistik 2019

Herausforderung Altersvorsorge

Durch die demografische Alterung der Schweizer Bevölkerung wird die Stabilität des bewährten Dreisäulensystems zur finanziellen Vorsorge im Alter in Frage gestellt. Das in Schieflage geratene quantitative Verhältnis zwischen Erwerbsbevölkerung und Rentnerinnen bzw. Rentnern belastet dabei vor allem die erste Säule (AHV). Gleichzeitig setzen die höhere Lebenserwartung bzw. die längere Rentenbezugsdauer, die aussergewöhnlich tiefen Zinsen und der gesetzlich verankerte überhöhte Umwandlungssatz die zweite Säule (obligatorische berufliche Vorsorge, BVG) unter Druck. Wie schätzt die Bevölkerung die Entwicklung des Rentenniveaus und deren Auswirkungen auf die eigenen finanziellen Perspektiven ein? Und wie steht sie zu verschiedenen Reformmassnahmen, um die in der ersten und zweiten Säule verankerte obligatorische Altersvorsorge wieder ins Gleichgewicht zu bringen?

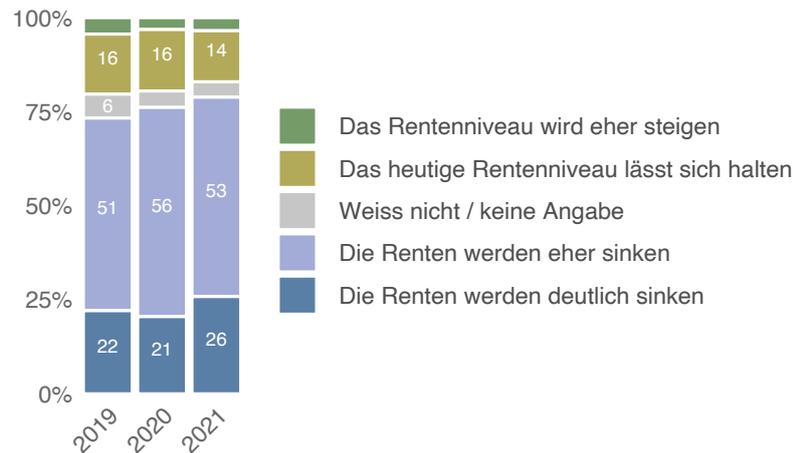
6.1. ENTWICKLUNG DES RENTENNIVEAUS

Seit 2019 hat die pessimistische Einschätzung der Rentenentwicklung leicht, aber stetig weiter zugenommen: Mittlerweile gehen knapp vier Fünftel der befragten Personen von sinkenden Renten aus, 2019 waren es noch etwas weniger als drei Viertel (Abb. 31). Mehrheitlich rechnet die Bevölkerung mit moderat

sinkenden Renten. Von einer starken Senkung der Renten geht 2021 bereits jede vierte Person aus. Der Anteil jener, die von stabilen bis steigenden Renten ausgeht, sinkt entsprechend weiter ab. Aktuell beträgt er weniger als ein Fünftel der Befragten.

Künftige Entwicklung der Renten (Abb. 31)

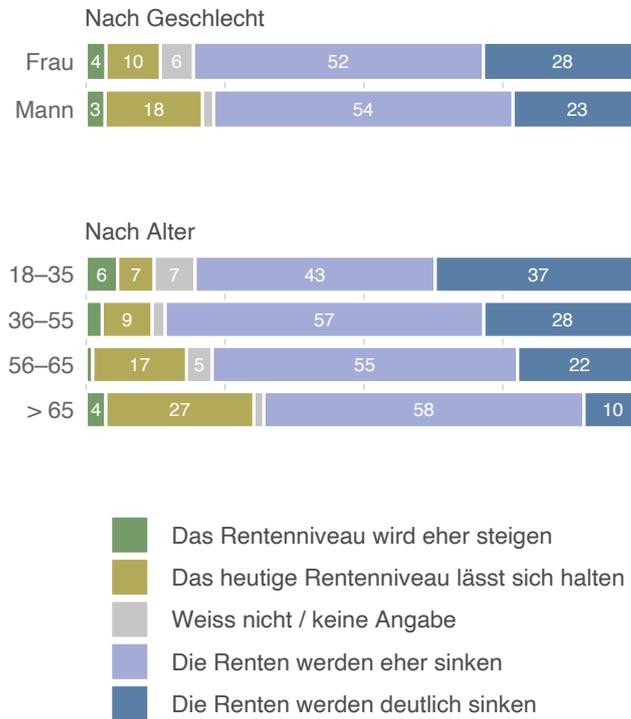
«Wie beurteilen Sie insgesamt die künftige Entwicklung der Renten in der Schweiz?», Angaben in Prozent



Frauen sind bezüglich der Rentenentwicklung leicht skeptischer als Männer. Es sind vor allem die jungen Erwachsenen, die von sinkenden Renten ausgehen (Abb. 32). Mehr als jede dritte unter 36-jährige Person geht von deutlich sinkenden Renten aus, bei den über 65-Jährigen ist es dagegen nur jede zehnte. Dabei ist davon auszugehen, dass Erstere bei dieser Frage einen deutlich längeren persönlichen Zeithorizont vor Augen haben als ältere Menschen.

Künftige Entwicklung der Renten – nach soziodemografischen Merkmalen (Abb. 32)

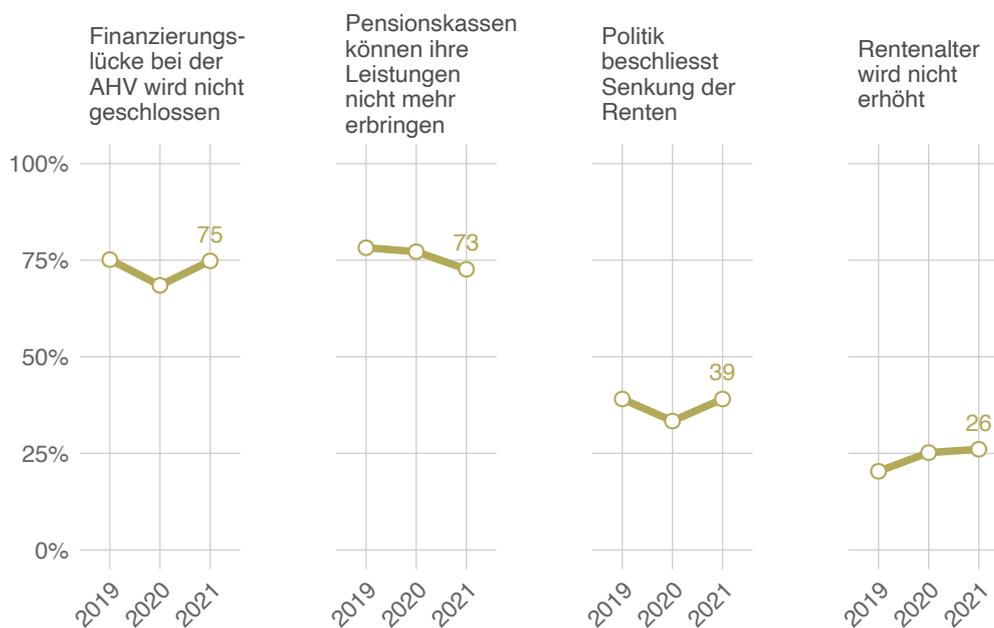
«Wie beurteilen Sie insgesamt die künftige Entwicklung der Renten in der Schweiz?», Angaben in Prozent



Wie begründen die Befragten ihre pessimistische Einschätzung zur Rentenentwicklung? Wie Abbildung 33 zeigt, ist es – unabhängig vom Erhebungsjahr – vor allem die Unterfinanzierung der ersten und zweiten Säule: Rund drei Viertel nennen als Grund für ihre Einschätzung die Finanzierungslücke in der AHV oder das Leistungsdefizit der Pensionskassen in der beruflichen Vorsorge. In der Vorjahresumfrage begründeten die Befragten ihre negative Einschätzung der Rentenentwicklung leicht häufiger mit dem Leistungsdefizit in der beruflichen Vorsorge als mit der Unterfinanzierung der AHV. In der diesjährigen Erhebung wird die Ursache für die Negativentwicklung der Renten dagegen wieder, wie bereits 2019, gleichermassen in den beiden Säulen der obligatorischen Altersvorsorge verortet.

Gründe für ein sinkendes Rentenniveau (Abb. 33)

«Warum gehen Sie von einem sinkenden Rentenniveau aus?», Mehrfachantworten, Angaben in Prozent

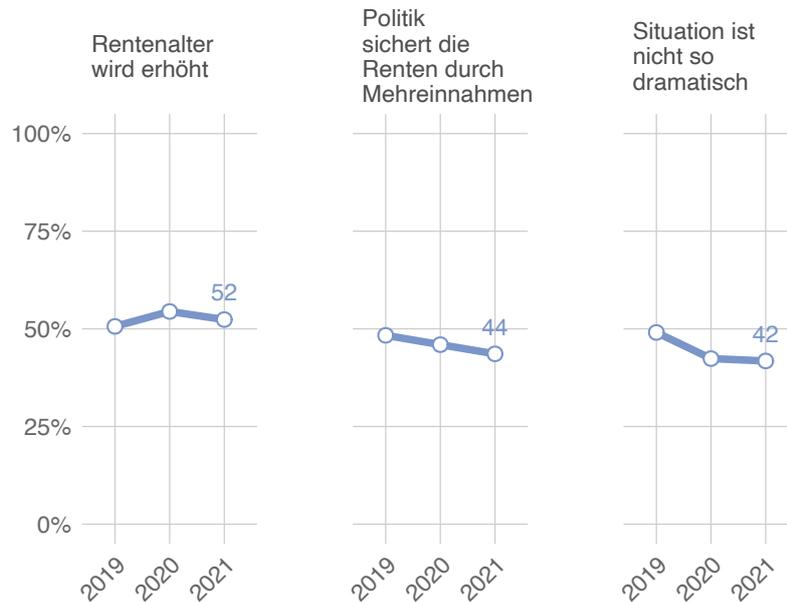


Deutlich weniger häufig begründen die Befragten ihre Einschätzung aufgrund politischer Beschlüsse. Etwas mehr als ein Drittel erwartet in Zukunft weniger Geld aus der obligatorischen Altersvorsorge, weil die Politik die Renten senken wird, und rund ein Viertel, weil das Rentenalter nicht erhöht wird. Wie 2019 begründen die Befragten damit in diesem Jahr ihre Einschätzung wieder eher mit einem aktiven Eingreifen der Politik als mit einer politischen Pattsituation.

Wer dagegen von einer positiven Rentenentwicklung ausgeht, tut dies vor allem aufgrund der Annahme, dass das gesetzliche Rentenalter erhöht wird: Auch in diesem Jahr stützt mehr als die Hälfte der 17 Prozent, die von einer stabilen bis steigenden Rentenentwicklung ausgehen, ihre Einschätzung darauf ab, dass das Rentenalter in den kommenden Jahren erhöht wird (Abb. 34). Über die drei Erhebungsjahre verliert dagegen die Begründung, dass Mehreinnahmen generiert werden, leicht an Bedeutung. Ebenso findet das Argument, die Situation sei nicht so dramatisch, in den letzten beiden Erhebungen leicht weniger Zustimmung.

Gründe für ein stabiles bis steigendes Rentenniveau (Abb. 34)

«Warum gehen Sie von einem stabilen oder steigenden Rentenniveau aus?», Mehrfachantworten, Angaben in Prozent

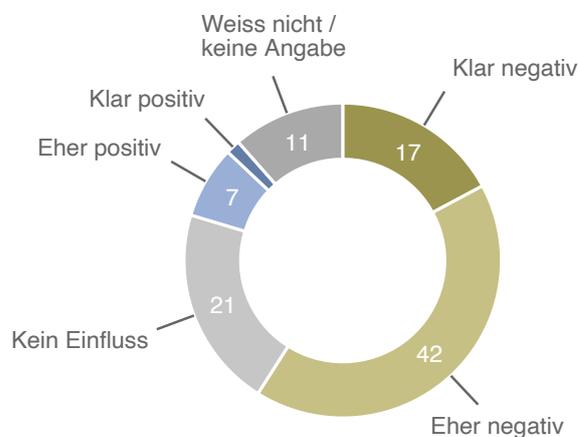


Die Covid-19-Pandemie hat das Staatsbudget massiv belastet. Als Folge davon ist ein Spardruck auf Sozialleistungen zu erwarten. Zusätzlich war zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie die Wirtschaftstätigkeit in den letzten Monaten teilweise stark eingeschränkt. Es muss deshalb von Mindereinnahmen bei Bund und Kantonen ausgegangen werden. Wie schätzt die Bevölkerung den Einfluss der Pandemie auf die obligatorische Altersvorsorge ein?

Wer eine Einschätzung macht, sieht die Entwicklung eher pessimistisch: 59 Prozent sind der Ansicht, dass sich die Covid-19-Pandemie negativ auf die Finanzierung der Altersvorsorge auswirkt – weniger als ein Zehntel geht von einem positiven Effekt aus (Abb. 35). Für 21 Prozent tangieren die Folgekosten der Pandemie die Finanzierung der Altersvorsorge dagegen nicht.

Einfluss Covid-19-Pandemie auf Rentenniveau (Abb. 35)

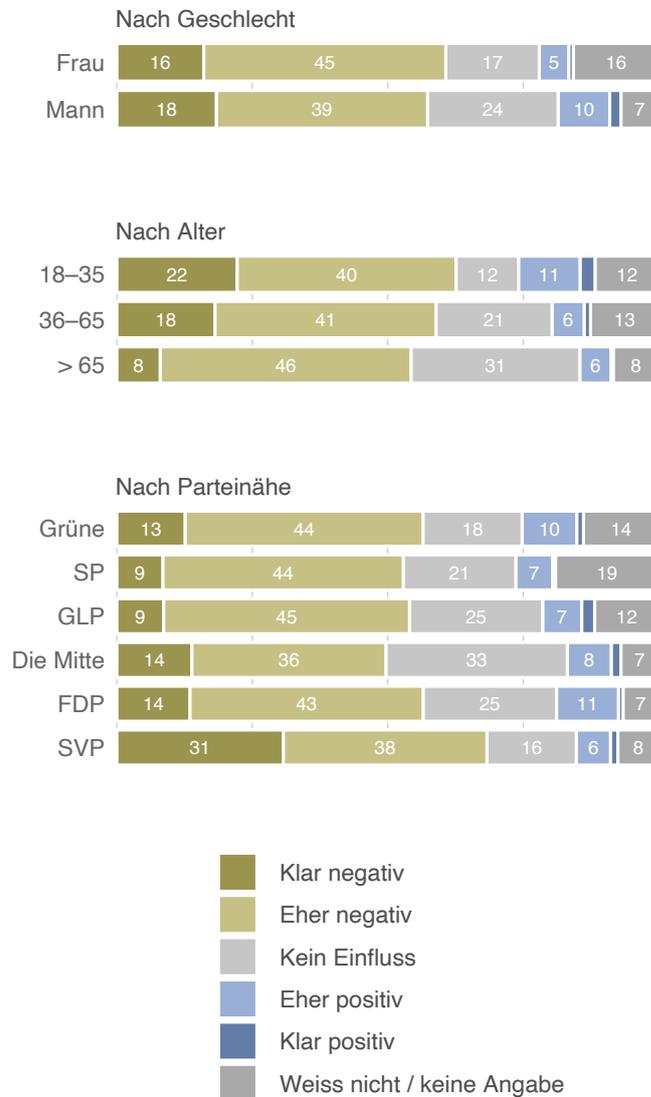
«Wie wirkt sich die Covid-19-Pandemie Ihrer Meinung nach auf die Finanzierung der Altersvorsorge aus?», Angaben in Prozent



Die negative Einschätzung ist dabei über alle Bevölkerungsgruppen hinweg vorherrschend (Abb. 36): Vor allem junge Erwachsene sehen in der Covid-19-Pandemie häufig einen Treiber für die weitere Unterfinanzierung der Altersvorsorge. Mit zunehmendem Alter schätzen die Befragten die Auswirkungen der Krise als eher gering ein. Interessant sind auch die Aussagen im Licht der politischen Haltung der Befragten: Personen, die entweder einer der Parteien des linken oder insbesondere des rechten Spektrums nahestehen, fürchten eine stärkere Auswirkung der Krise als jene, die der politischen Mitte nahestehen.

Einfluss Covid-19-Pandemie auf Rentenniveau – nach soziodemografischen Merkmalen (Abb. 36)

«Wie wirkt sich die Covid-19-Pandemie Ihrer Meinung nach auf die Finanzierung der Altersvorsorge aus?», Angaben in Prozent



6.2. KAPITAL- UND UMLAGEVERFAHREN IM VERGLEICH

Das schweizerische Altersvorsorgesystem beruht auf drei Säulen mit unterschiedlichen Funktionen und Finanzierungsprinzipien. Die erste Säule – die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) – dient der Existenzsicherung und basiert auf dem Umlageverfahren. In dieser Säule kommt die Erwerbsbevölkerung für die Renten der pensionierten Bevölkerung auf. Die erste

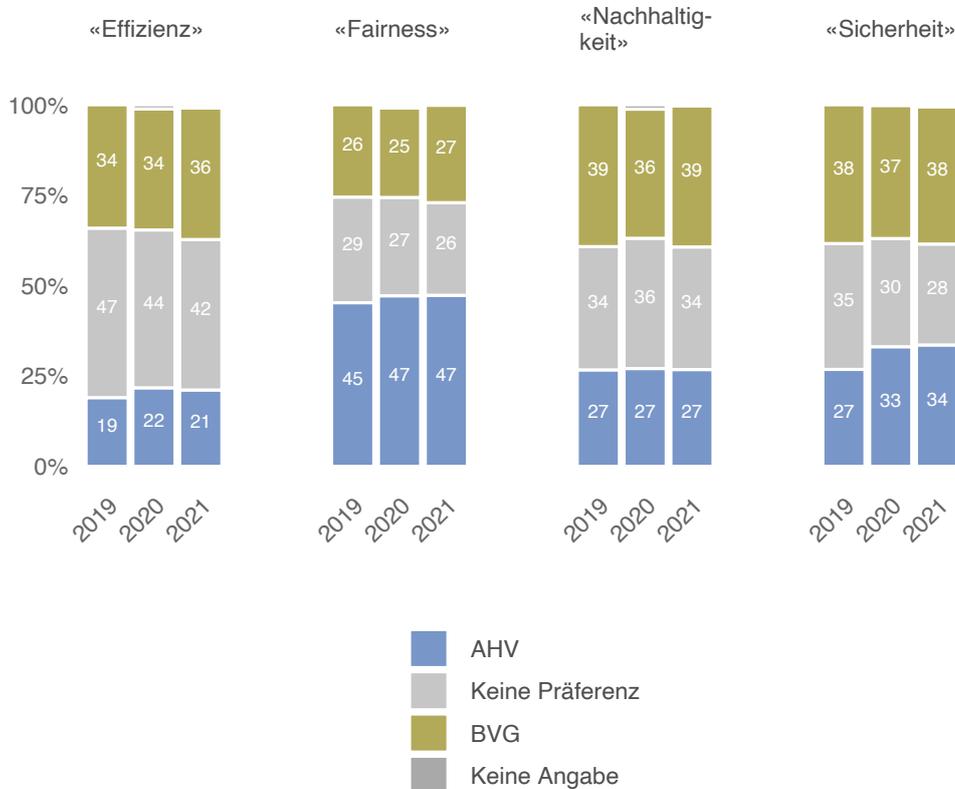
Säule sorgt zudem für einen gewissen Ausgleich zwischen Arm und Reich, da Versicherte mit hohem Einkommen unbegrenzte Beiträge an die AHV zahlen, während der Rentenanspruch nach oben begrenzt ist. Die berufliche Vorsorge (BVG) als zweite Säule beruht dagegen auf dem Kapitaldeckungsverfahren und dient dem Erhalt des Lebensstandards. Hier sparen alle für sich bzw. für ihre eigene Altersrente. Die dritte Säule dient dem privaten Sparen und ist im Gegensatz zur ersten und zweiten freiwillig. Die drei Säulen sind folglich unterschiedlich ausgestaltet. Wie nimmt die Bevölkerung die beiden Säulen der obligatorischen Altersvorsorge wahr?

Welche positiven Eigenschaften schreibt die Bevölkerung den beiden Säulen der obligatorischen Altersvorsorge zu? Von den vier erfragten Merkmalen – Fairness, Effizienz, Nachhaltigkeit und Sicherheit – verbindet die Schweizer Bevölkerung drei eher mit der beruflichen Vorsorge als mit der AHV (Abb. 37): Unabhängig vom Erhebungszeitpunkt der letzten drei Jahre erachtet sie das Kapitaldeckungsverfahren der zweiten Säule häufiger als nachhaltig, effizient oder sicher als das Umlageverfahren der ersten Säule. Allerdings erachten die Befragten in den letzten beiden Erhebungsjahren das Umlageverfahren der AHV leicht häufiger als sicherer – die Zuschreibung von Sicherheit zur beruflichen Vorsorge ist nicht mehr so eindeutig wie noch 2019.

Das vierte Attribut – die Fairness – schreibt die Bevölkerung dagegen vergleichsweise deutlich dem Umlagerungsverfahren der AHV und dem darin enthaltenen finanziellen Ausgleich zwischen Jung und Alt sowie zwischen gut und weniger gut Verdienenden zu.

Begriffe, die mit AHV und BVG verbunden werden (Abb. 37)

«Die obligatorische Altersvorsorge besteht aus zwei Säulen und zwei unterschiedlichen Vorsorgeprinzipien: Die erste Säule (AHV) beruht auf dem Umlageverfahren. Hier kommen die erwerbstätigen Jüngerer für die Renten der Älteren auf. Die zweite Säule (BVG, Pensionskasse) beruht auf dem Kapitaldeckungsverfahren. Hier sparen alle für ihre eigene Altersrente. Mit welchem der beiden Verfahren verbinden Sie die folgenden Begriffe?», Angaben in Prozent

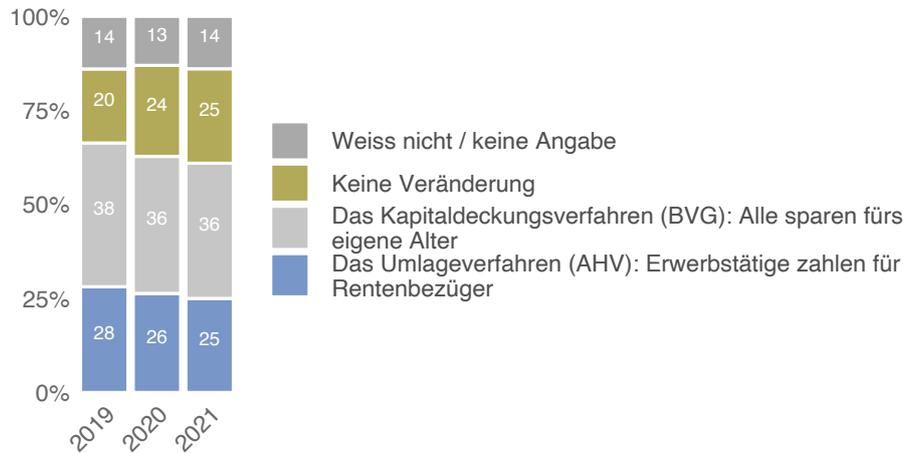


Unabhängig vom Erhebungszeitpunkt fällt die Beurteilung der beiden Verfahren eher zugunsten des Kapitaldeckungsverfahrens der zweiten Säule aus. Lässt sich daraus folgern, dass dieses mehr Gewicht erhalten soll?

In der Tat bestätigt sich bei der Frage, welches Finanzierungsverfahren in Zukunft ein grösseres Gewicht erhalten soll, diese Präferenz hin zum Kapitaldeckungsverfahren der zweiten Säule: Dabei zeigt sich über alle drei Erhebungsjahre eine ähnliche Aufschlüsselung: Für gut ein Drittel soll das Kapitaldeckungsverfahren mehr Gewicht erhalten, rund ein Viertel spricht sich für das Umlageverfahren aus und etwa ein Viertel wünscht sich keine Veränderung (Abb. 38).

Welches Finanzierungsprinzip soll zukünftig mehr Gewicht erhalten? (Abb. 38)

«Welches Prinzip der Rentenfinanzierung soll in Zukunft mehr Gewicht erhalten?», Angaben in Prozent



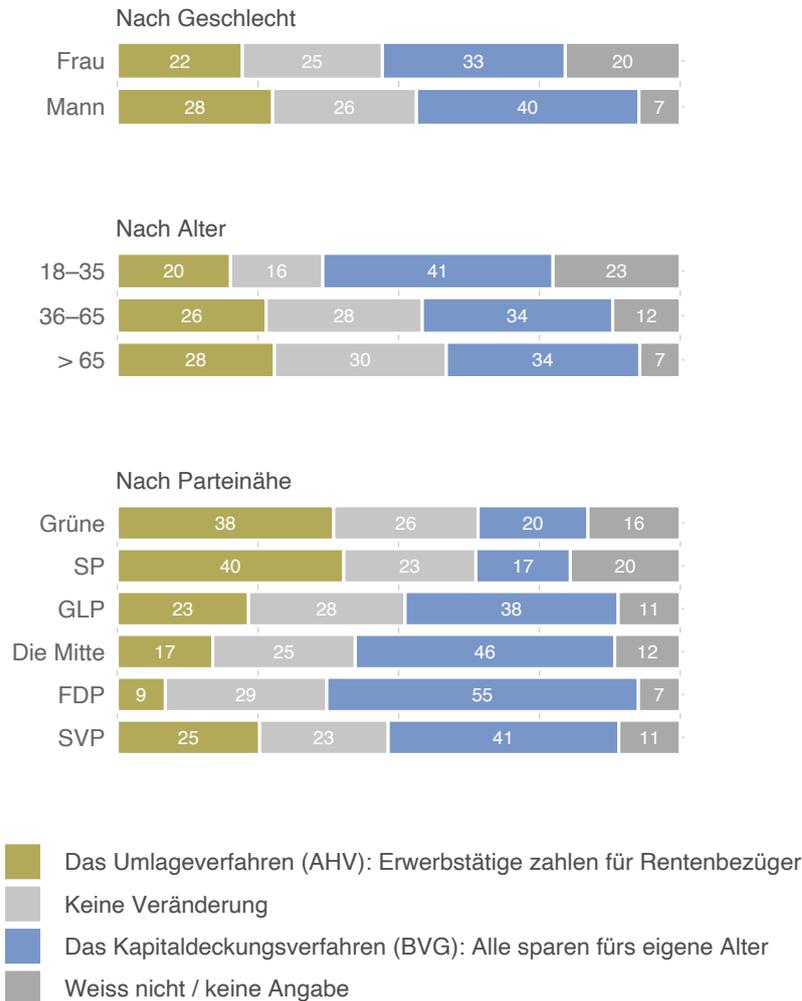
Je nach Bevölkerungsgruppe zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede. Frauen wie Männer wünschen sich zwar eine stärkere Gewichtung des Kapitaldeckungsprinzips im schweizerischen Altersvorsorgesystem (Abb. 39). Männer zeigen allerdings eine deutlichere Bevorzugung des Kapitaldeckungsgegenüber dem Umlageprinzip.

Interessant ist der deutliche Wunsch der jungen Erwachsenen für eine Stärkung des Prinzips, dass jeder für sich selbst und seine eigene Rente spart: Zwei von fünf 18- bis 35-jährigen Personen möchten dem Kapitaldeckungsprinzip in der Altersvorsorge mehr Gewicht geben, eine Person dem Umlageprinzip, eine wünscht sich keine Veränderung und eine Person, d. h. ein Fünftel der Befragten, kann oder möchte die Frage nicht beantworten.

Dem Kapitaldeckungsprinzip mehr Gewicht geben möchte insbesondere auch die Basis der FDP und zu einem geringeren Mass die der Mitteparteien und der SVP. Dagegen würden Personen, die den beiden Linksparteien SP und Grüne nahestehen, einen Ausbau des Umlageverfahrens präferieren.

Künftiges Gewicht der Finanzierungsprinzipien- nach soziodemografischen Merkmalen (Abb. 39)

«Welches Prinzip der Rentenfinanzierung soll in Zukunft mehr Gewicht erhalten?», Angaben in Prozent



6.3. REFORMANSÄTZE IN DER OBLIGATORISCHEN ALTERSVORSORGE

In den beiden Säulen der obligatorischen Altersvorsorge besteht grosser Reformbedarf. Verschiedene Ansätze zur Reform von AHV und BVG wurden bereits in der Politik, in den Medien und in der Öffentlichkeit diskutiert. Mit welchen Massnahmen soll nach Ansicht der Bevölkerung das Schweizer Rentensystem wieder ins Gleichgewicht gebracht werden? Im folgenden Abschnitt wird als Erstes auf mögliche Reformmassnahmen in der

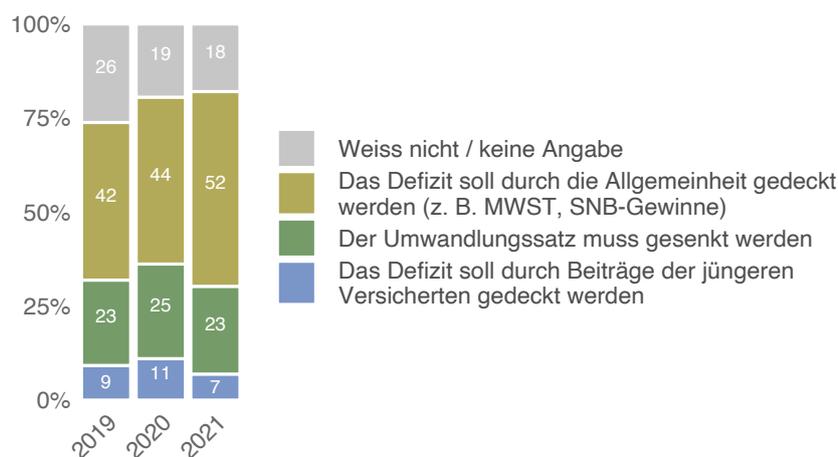
beruflichen Vorsorge eingegangen, danach auf solche in der ersten Säule.

Das Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge (BVG) schreibt den Vorsorgeeinrichtungen für den obligatorischen Teil des Altersguthabens einen Mindestumwandlungssatz vor. Massgebend für den Umwandlungssatz sind hauptsächlich die Lebenserwartung und die erwarteten Anlagerenditen. Im Rahmen der letzten BVG-Revision 2005 wurde der Umwandlungssatz auf 6,8 Prozent gesenkt. Seither ist allerdings die Lebenserwartung der Schweizer Bevölkerung weiter gestiegen, wodurch sich die Rentenbezugsdauer erhöht. Durch die fortgesetzte Anwendung des vor über fünfzehn Jahren fixierten Umwandlungssatzes entsteht in der beruflichen Vorsorge aufgrund der veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ein Finanzierungsdefizit. Befürwortet die Bevölkerung folglich eine Senkung des Umwandlungssatzes?

Abbildung 40 zeigt: Nur rund jede vierte Person erachtet die Senkung des Umwandlungssatzes als zweckdienliches Mittel zur Bekämpfung der zunehmenden Unterfinanzierung in der beruflichen Vorsorge.

Umgang mit Defizit durch bisherigen Umwandlungssatz (Abb. 40)

«Der Umwandlungssatz bestimmt, wie viel des angesparten Pensionskassenguthabens (BVG) pro Jahr ausbezahlt wird. Da die Lebenserwartung stark gestiegen ist, entsteht durch die Anwendung des bisherigen Umwandlungssatzes (BVG 6,8 Prozent) ein Defizit. Wie soll damit umgegangen werden?», Angaben in Prozent



Mehr als die Hälfte ist der Ansicht, dass die Finanzierungslücke durch die Allgemeinheit gedeckt werden soll (z. B. Erhöhung der

MwSt.). Seit 2019 vergleichsweise konstant bleibt dagegen der Bevölkerungsanteil, der in der Senkung des Umwandlungssatzes die Lösung sieht.

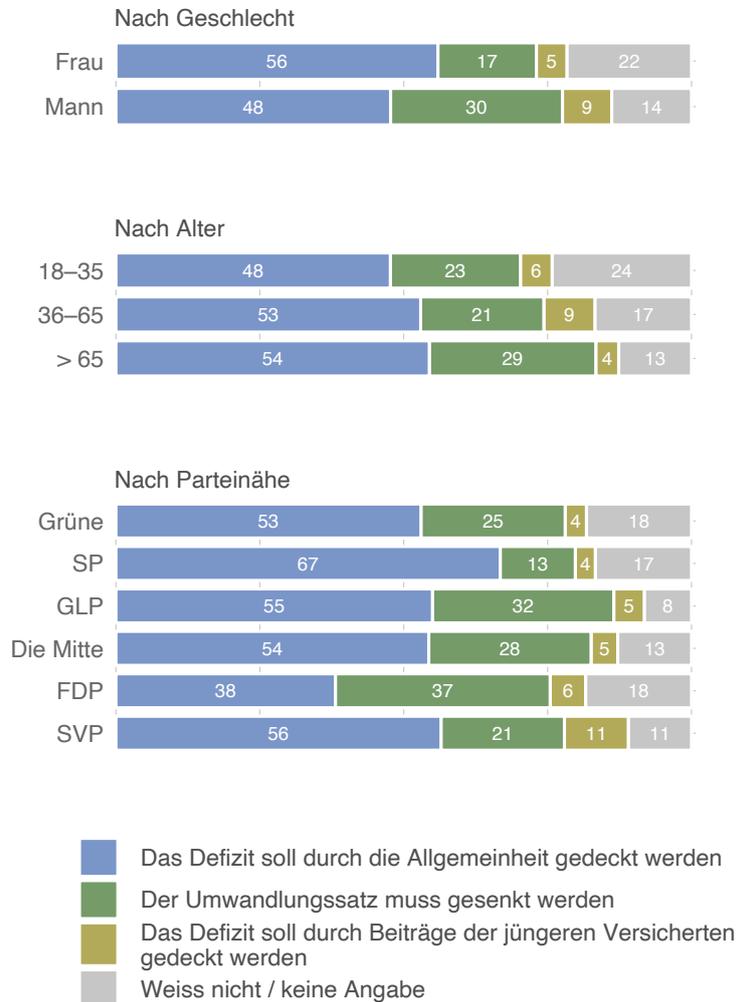
Kaum jemand möchte dagegen das Defizit über die Beiträge der jungen Versicherten decken. Eine solche Abwälzung auf die jungen Generationen würde zu einer noch grösseren Umverteilung von Jung zu Alt und zudem zu einer Verlagerung vom Kapitaldeckungs- zum Umlageverfahren führen. Da die bei der Pensionierung vorhandenen Altersguthaben allerdings gegenwärtig nicht ausreichen, um die in Aussicht gestellten Renten zu finanzieren, findet in der beruflichen Vorsorge bereits heute eine Umlagerung statt.¹ Der Vergleich der Umfragewerte zeigt auch, dass sich die Bevölkerung vermehrt mit dem Thema befasst. Hatten im Jahr 2019 noch gut ein Viertel der Befragten keine Meinung, ist dieser Wert heute nur noch bei 18 Prozent.

Die Bereitschaft, die Unterdeckung auf die Gesamtbevölkerung abzuwälzen, ist über alle Bevölkerungsschichten vorhanden (Abb. 41). Eine Senkung des Umwandlungssatzes findet vor allem bei Männern, bei der Basis der Mitteparteien und bei der Bevölkerung im Rentenalter Unterstützung, wobei letztere von dieser Massnahme nicht betroffen wäre.

¹vgl. Oberaufsichtskommission (OAK BV)

Umgang mit Defizit durch Umwandlungssatz – nach soziodemografischen Merkmalen (Abb. 41)

«Der Umwandlungssatz bestimmt, wie viel des angesparten Pensionskassenguthabens (BVG) pro Jahr ausbezahlt wird. Da die Lebenserwartung stark gestiegen ist, entsteht durch die Anwendung des bisherigen Umwandlungssatzes (BVG 6,8 Prozent) ein Defizit. Wie soll damit umgegangen werden?», Angaben in Prozent



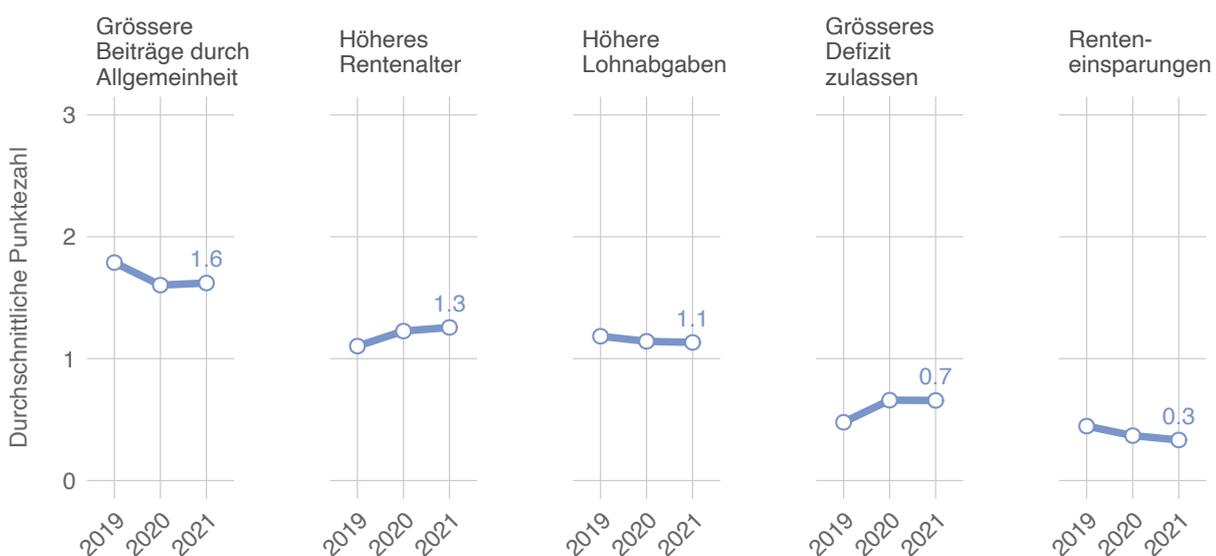
Wie bereits erwähnt, belasten das anhaltende Tiefzinsniveau und die steigende Lebenserwartung in erster Linie die kapitaldeckungsfinanzierte berufliche Vorsorge der zweiten Säule. Bei der ersten Säule dagegen liegt die Hauptproblematik der umlagefinanzierten AHV in der demografischen Alterung der Schweizer Bevölkerung, mit der sich das Verhältnis von Beitragszahlenden zu Rentenbeziehenden zu Ungunsten von ersteren verändert. Welche Massnahmen sollen nach Ansicht der Bevölkerung ergriffen werden, um der Destabilisierung der ersten Säule entgegenzuwirken? Die Befragten konnten dabei frei fünf Punkte auf die fünf erfragten Massnahmen ver-

teilen, die zur Schliessung der Finanzierungslücke in der AHV beitragen sollen.

In der dies- und der letztjährigen Erhebung – beide unter dem Eindruck der Covid-19-Pandemie – zeigt sich unter den Befragten eine höhere Bereitschaft, in der ersten Säule ein Defizit zuzulassen (Abb. 42). Gleichzeitig ist die Akzeptanz bei den befragten Personen tiefer, die Allgemeinheit durch höhere Beiträge zu belasten. Nach wie vor punktet dieser Lösungsansatz zur Deckung der Finanzierungslücke in der AHV bei der Bevölkerung allerdings am meisten (1,6 Punkte). Über alle drei Erhebungsjahre zeigt sich, dass die Befragten ihre Schwerpunkte jedoch vor allem auf Massnahmen zur Erhöhung der Einnahmen legen. An zweiter und dritter Stelle rangieren auch dieses Jahr die Ansätze, die Finanzierungslücke in der AHV durch ein höheres Rentenalter (1,3 Punkte) oder durch höhere Lohnabgaben (1,1 Punkte) zu schliessen. Weiter wenig erwünscht ist es, die Finanzierung über die Erhöhung der Staatsschulden zu ermöglichen (0,7 Punkte). Fast rundweg abgelehnt wird der Vorschlag, die Lücke durch Renteneinsparungen zu schliessen (0,3 Punkte).

Bewertung Lösungsansätze für AHV-Finanzierungslücke (Abb. 42)

«Bewerten Sie die folgenden Lösungsansätze zur Schliessung der Finanzierungslücke in der AHV. Verteilen Sie fünf Punkte auf die folgenden Massnahmen. Sie können alle Punkte auf eine Massnahme setzen (die übrigen Punkte auf null) oder die Punkte beliebig verteilen.» Dargestellt ist das arithmetische Mittel



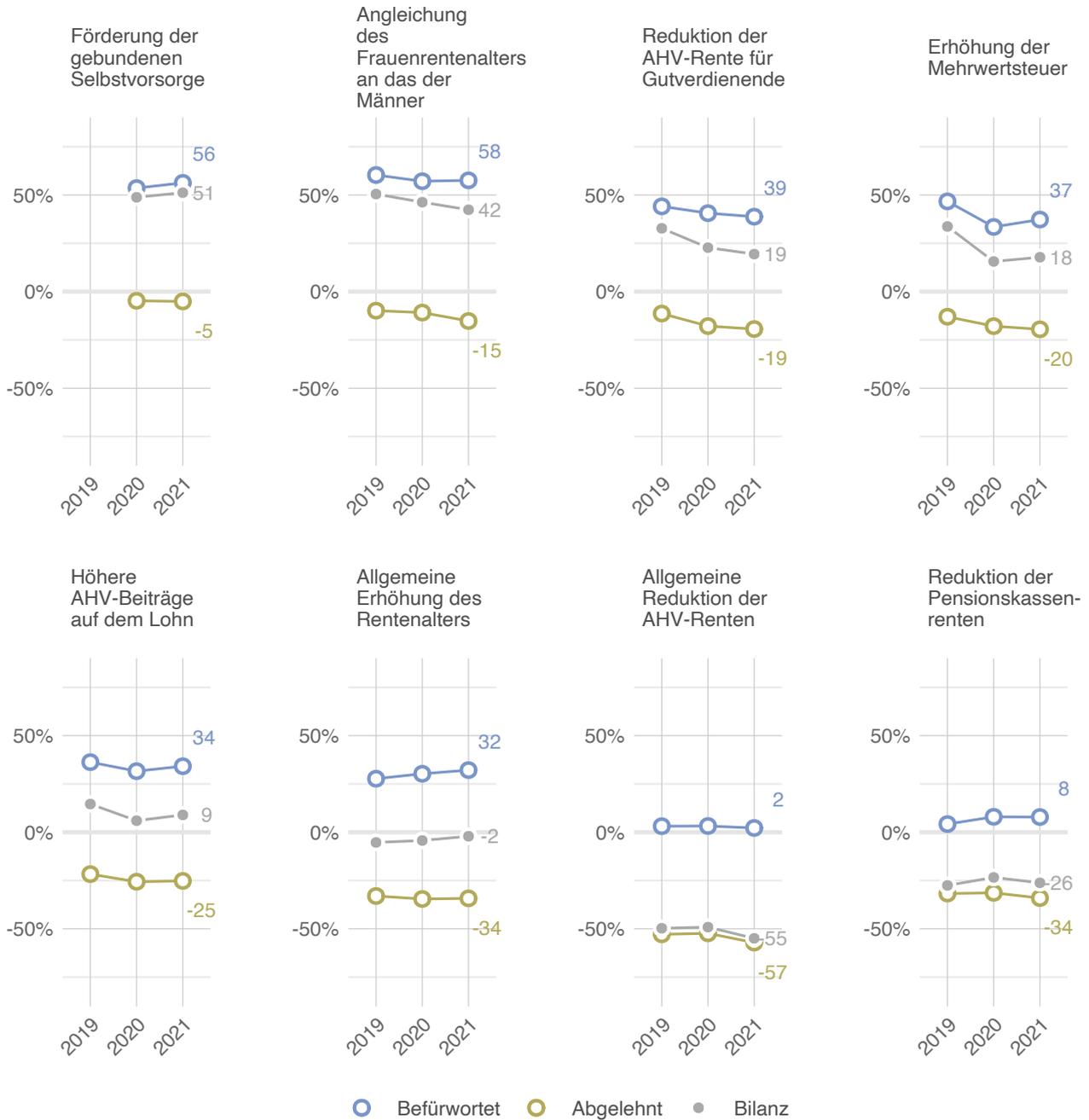
Wie die Ergebnisse dieser Studie zeigen, lässt sich in der Bevölkerung eine gewisse Bereitschaft beobachten, die Allgemeinheit für die Sicherung der Renten aufkommen zu lassen – sei es bei der umlagefinanzierten AHV als auch bei der im Kapitaldeckungsverfahren finanzierten BVG. Das Bild sieht allerdings etwas anders aus, wenn konkret nach der Akzeptanz verschiedener Massnahmen gefragt wird, die in Politik und Öffentlichkeit diskutiert werden (Abb. 43). Die Befragten erhielten dabei die Möglichkeit, aus acht konkreten Massnahmen jene auszuwählen, die sie explizit unterstützen, und jene, die sie gänzlich ablehnen. Die Bilanz bildet die Differenz zwischen dem Anteil zustimmender und dem Anteil ablehnender Personen.

Werden den Befragten konkrete Reformmassnahmen als Option vorgelegt, setzen sie eher auf die Erhöhung des Rentenalters als auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer hat seit Beginn der Covid-19-Pandemie als Option in der Gunst der Bevölkerung gar leicht eingebüsst – dies obwohl das Prinzip, die Allgemeinheit für die Finanzierungslücke in der obligatorischen Altersvorsorge aufzukommen zu lassen, in den letzten beiden Erhebungen an Beliebtheit gewonnen hatte (vgl. Abb. 40, Abb. 42). Eine Konsumsteuer wie die Mehrwertsteuer als Finanzierungsquelle für die Altersvorsorge wird offensichtlich aktuell als weniger sinnvoll erachtet als vor Ausbruch der Pandemiekrise.

Insgesamt hat sich die Haltung der Bevölkerung zu den verschiedenen Reformmassnahmen über die drei Erhebungsjahre jedoch kaum verändert: Am stärksten befürwortet die Bevölkerung Reformvorschläge, die auf das eigenverantwortliche Sparen setzen, gefolgt von einer Angleichung des Rentenalters der Frauen an das der Männer. Beide vorgeschlagenen Massnahmen finden bei einer Mehrheit der Befragten Zustimmung. Auch eine Kürzung der AHV-Rente von Gutverdienenden und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer werden von der Bevölkerung eher als sinnvoll erachtet, wenngleich mit etwas weniger als 40 Prozent ein deutlich geringerer Anteil auf diese beiden Massnahmen setzt. 20 Prozent lehnen sie ab.

Einschätzung verschiedener Reformmassnahmen (Abb. 43)

Befürwortet: «Wenn es um konkrete Massnahmen zur Reform der Altersvorsorge geht, auf welche würden Sie setzen?»
 Abgelehnt: «Und welche dieser Massnahmen kommen für Sie gar nicht in Frage?»
 Bilanz: Differenz aus «Befürwortet» und «Abgelehnt», Angaben in Prozent(punkten)



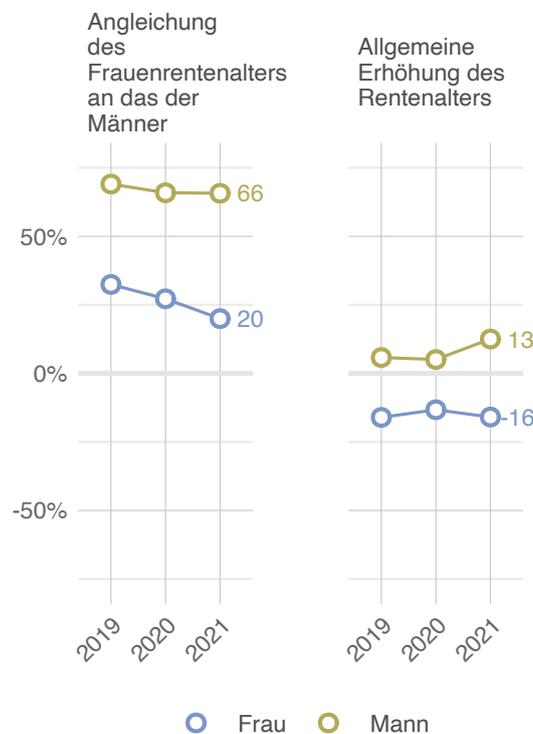
Die generelle Erhöhung des Rentenalters bleibt heftig umstritten. Ein Drittel der Bevölkerung befürwortet diesen Schritt; ein Drittel lehnt ihn kategorisch ab. Keine Unterstützung von der

Bevölkerung erhält eine allgemeine Rentensenkung in den beiden Säulen.

Interessant ist auch das Ergebnis bei der geschlechterspezifischen Auswertung der Umfrage: Wie Abbildung 44 zeigt, liegt die Akzeptanz von Reformmassnahmen, die auf eine Erhöhung der Anzahl Beitragsjahre abzielen, bei Frauen allgemein tiefer. Zudem ist die Zustimmung der Frauen zu einer Angleichung des Rentenalters von Mann und Frau über die letzten drei Jahre zurückgegangen.

Einschätzung verschiedener Reformmassnahmen – nach Geschlecht (Abb. 44)

Dargestellt ist die Bilanz von «Wenn es um konkrete Massnahmen zur Reform der Altersvorsorge geht, auf welche würden Sie setzen?» und «Und welche dieser Massnahmen kommen für Sie gar nicht in Frage?» in Prozentpunkten



Methodik

DATENERHEBUNG

Die Datenerhebung fand zwischen dem 12. und 28. Mai 2021 statt und erfolgte ausschliesslich online. Die Teilnehmenden wurden über die Online-Panels von Sotomo und intervista per Einladung rekrutiert («opt-in» online survey). Die realisierte Stichprobe beläuft sich auf 1609 Personen: 608 der Teilnehmenden würden aus dem intervista-Panel rekrutiert, 1001 aus dem sotomo-Panel.

GEWICHTUNG

Die kombinierte Stichprobe wurde anschliessend mittels IPF-Verfahren («Iterative Proportional Fitting», auch «Raking» oder «Raking Ratio» genannt) gewichtet. Zu den Gewichtungskriterien gehören Geschlecht, Alter, Ausbildungsstand und politische Positionierung (Parteinähe). Als Grundgesamtheit definiert sich die ständige Wohnbevölkerung der deutsch- und französischsprachigen Schweiz ab 18 Jahren. Die Randverteilungen dieser Merkmale wurde für die deutschsprachige und französischsprachige Schweiz jeweils separat berücksichtigt. Infolge der Gewichtung sind die Resultate repräsentativ für die Grundgesamtheit. Für die vorliegende Gesamtstichprobe beträgt das 95-Prozent-Konfidenzintervall (für 50 Prozent Anteil) +/-2.4 Prozentpunkte.